

sehr groß, die Art
die Millionen Mark
Standfesterheit des
le liege aber durch
richtig: Die große
Denkmals, des vor
des neuen Rom
herrschend wird, in
zehn Teile geteilt:
Königs und Kops
der Beine des Vier
Standbildes geben
ung des Vierdes
er Meter lang und
schen, die Ausläufer
ittelgroßer Mensch
nigs ist 2,50 Meter
Vierdes wiegt 140
bild wird auf einer
aufgestellt und dann
lein. Das Innere
eute darin bequem

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich 4,50 Mk.
Bestellgeld.
Eingelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Verlags- und Anstalts-Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 118.

Bielefeld, Montag, 24. Mai 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Geschäftsordnungsänderungen im Reichstage.

Als im November vorigen Jahres im „Daily Telegraph“ der Artikel veröffentlicht wurde, der die bekannte kaiserliche Unterredung wiedergab, da wurde die Einflusslosigkeit des Deutschen Reichstages auf die auswärtige Politik grell beleuchtet. Man sah auch wieder einmal recht deutlich, in welche Gefahren das deutsche Volk durch die persönliche Politik gestürzt werden könnte. Damals bemühten sich aller Parteien eine große Erregung, und man kann darüber nach wie man den Einfluss des Reichstages stärken könnte. Von unserer Fraktion wurde beantragt, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz zu schaffen, das ermöglichen sollte, den Reichstagspräsidenten in Anklagezustand zu versetzen. Aber ein solches Gesetz, dessen Bedeutung übrigens nicht zu hoch veranschlagt werden darf, bedarf der Zustimmung des Bundesrats, die kaum zu erwarten ist.

Die Voraussetzung für eine Stärkung des Reichstages ist jedenfalls, daß der Reichstag in der Lage ist, sich möglichst schnell mit einer aktuellen politischen Frage befassen und zu dieser Stellung nehmen zu können. Das ist aber heute nicht in ausreichendem Maße der Fall. Das Mittel, dessen man sich heute im Reichstage bedient, um irgend eine Frage bald zur Erörterung zu bringen, ist das der Interpellation, einer Anfrage an den Bundesrat, die der Reichstagspräsident beantwortet soll. Der Reichstag hat aber kein Mittel, um den Reichstagspräsidenten zur Beantwortung einer Interpellation zu zwingen, dieser kann vielmehr die Beantwortung einer Interpellation ohne Angabe von Gründen ablehnen. Ja noch mehr. Nach der jetzt bestehenden Geschäftsordnung kann der Reichstagspräsident sogar die Beantwortung einer Interpellation hinauschieben, so daß unter Umständen die betreffende Angelegenheit erst dann im Reichstag zur Sprache kommt, wenn die Beratung einen Zweck nicht mehr hat. Es heißt nämlich im § 32 der Geschäftsordnung: „Erlaubt sich der Reichstagspräsident zur Beantwortung (der Interpellation) bereit, so wird an dem von ihm bestimmten Tage der Interpellant zu deren näherer Ausführung verfahren.“ Dadurch ist der Reichstagspräsident in der Lage, die Beratung einer Interpellation um Wochen oder Monate zu verschieben. So kann es vorkommen, daß unsere Reichsbotsen lange Zeit geduldet werden, um schließlich vielleicht eine Antwort zu bekommen, durch die sie durchwegs nicht klüger gemacht werden, wie sie vorher waren. So wurde die Interpellation wegen der Kaiserkräuterei schon am 4. November eingebracht, gelangte aber, obgleich alles geradezu darauf brannte, erst am 10. und 11. November zur Verhandlung.

An die Beantwortung einer Interpellation oder deren Ablehnung darf sich eine Beantwortung des Gegenstandes derselben anschließen, wenn mindestens 50 Mitglieder darauf antragen. Aber die Stellung eines Antrages zu dieser Beantwortung ist unzulässig. Das bedeutet, daß der Reichstag nicht imstande ist, die Auffassung seiner Mehrheit in der betreffenden Frage etwa in einer Resolution niederzulegen. Der eine redet das, der andere dies, aber schließlich bleibt es ein Hornberger Schieber. Eine Resolution, die das Resultat der Debatte zusammenfaßt, darf überhaupt nicht eingebracht werden. An der Geschäftsordnung des Reichstages ist so alles getan, um dem Meißer ohne Klänge, was das Interpellationsrecht ist, weil der Reichstagspräsident eine Interpellation nicht zu beantworten braucht, auch noch das Recht zu nehmen. Es ist zwar dann weiter in der Geschäftsordnung gesagt, daß es jedem Mitgliede überlassen sei, den Gegenstand in Form eines Antrages weiter zu verfolgen. Das klingt ja sehr schön. Aber dieser Satz ist einmal überflüssig, weil sowieso je 15 Mitglieder des Reichstages das Recht haben, Anträge zu stellen, und dann nicht er auch wenigstens, wenn es sich um wichtige politische Fragen handelt, nichts. Denn bekanntlich beschäftigt sich der Reichstag im besten Falle nur an einem Tage der Woche mit der Beratung von Anträgen, die aus dem Hause gestellt sind. Die Anträge kommen in der Reihenfolge zur Beratung, in der sie eingebracht worden sind, und, da im der Regel eine große Anzahl noch un erledigte Initiativanträge vorliegen, so muß der Antragsteller damit rechnen, daß sein Antrag vielleicht erst nach einem Jahre zur Beratung gelangt, zu einer Zeit, wo niemand mehr an den Gegenstand der Interpellation denkt, oder auch gar nicht, weil die Session inzwischen geschlossen wird.

Nun kann der Reichstag über seine Geschäftsordnung vollkommen selbständig verfügen. Was lag also näher, als die Geschäftsordnung so zu ändern, daß dem Reichstag die Möglichkeit gegeben wird, rasch und deutlich seine Meinung Ausdruck zu geben? Unsere Genossen brachten einen entsprechenden Entwurf ein, außerdem wurde ein Antrag Ablos vorgelegt, der eine durchgreifende Revision der Geschäftsordnung forderte. Die ganze Angelegenheit wurde der erweiterten Geschäftsordnungskommission übergeben, in der noch einige Anträge der bürgerlichen Parteien einliefen. Jetzt hat diese Kommission einen dreizehnten Bericht über ihre Tätigkeit herausgegeben.

Unsere Genossen wollten die Geschäftsordnung so geändert haben, daß jede Verhinderung der Interpellation durch den Reichstagspräsidenten, wie durch die Mehrheit des Reichstages ausgeschlossen war. Es sollte einfach bestimmt werden, daß eine von 30 Mitgliedern des Reichstages unterzeichnete Interpellation auf die Tagesordnung der nächsten drei Sitzungen zu setzen sei, in der der Interpellant sofort das Wort zur näheren Ausführung erhalten soll. Wenn mindestens 50 Reichstagsmitglieder darauf antrügen, sollte die Interpellation sofort besprochen werden können.

Zu einer so durchgreifenden Änderung der Geschäftsordnung hat sich die Kommission nicht aufschwingen können.

Sie hat zunächst vorgeschlagen, daß der Reichstagspräsident spätestens am dritten auf die Einbringung der Interpellation folgenden Sitzungstage den Reichstagspräsidenten zu einer Erklärung darüber auffordern soll, ob und wann er die Interpellation beantworten will, während nach der bestehenden Geschäftsordnung der Reichstagspräsident schon in der nächsten auf die Einbringung der Interpellation folgenden Sitzung zu einer Erklärung aufgefordert werden soll. Die Bestimmung, daß der Reichstagspräsident den Tag der Beratung der Interpellation festsetzt, ist stehen geblieben.

Es heißt:

Erlaubt der Reichstagspräsident sich zur Beantwortung bereit, so erhält an dem von ihm bestimmten Tage der Interpellant das Wort zur Begründung der Interpellation.

Die Möglichkeit, gegen den Willen des Reichstages eine Interpellation bis auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben, soll allerdings dem Reichstagspräsidenten genommen werden.

Es ist folgende Bestimmung vorgeschlagen:

Falls der Reichstagspräsident auf die Aufforderung des Reichstages eine bestimmte Erklärung, ob und wann er die Interpellation beantworten will, nicht abgibt, oder die Frist bis zur Beantwortung auf mehr als zwei Wochen vom Tage ihrer Einbringung an gerechnet, bemisst, so beschließt auf Antrag der Reichstagspräsidenten an einem der nächsten drei Sitzungstage, ob und wann er eine Beantwortung des Gegenstandes der Interpellation vornehmen will. Die Beantwortung erfolgt ohne Diskussion.

Nach dieser Bestimmung ist es aber immer noch möglich, daß durch den Reichstagspräsidenten die Beantwortung einer Interpellation um 14 Tage verzögert wird. Das ist sehr bedenklich. Besonders, wenn es sich um die auswärtige Politik handelt, kann die Beantwortung einer Interpellation nach 14 Tagen vollkommen zwecklos geworden sein.

Ferner ist es, nach dieser Bestimmung — was der sozialdemokratische Antrag ausschließen wollte — möglich, daß die Mehrheit die Minorität verweigert, die Beantwortung einer von dieser eingebrachten Interpellation verhindert.

Neu ist die Bestimmung, daß schon das Verlangen von 30, statt wie bisher von 50 Abgeordneten genügt, um die Beantwortung einer Interpellation herbeizuführen, die beantwortet oder deren Beantwortung ausdrücklich abgelehnt worden ist.

Unsere Genossen wollten gestatten haben, daß bei der Beantwortung einer Interpellation von mindestens 30 Mitgliedern Anträge gestellt werden dürfen. Nach Vorschlägen, die von bürgerlicher Seite in der Kommission gemacht worden waren, sollten wenigstens solche Anträge, die keinen Gegenstand der Interpellation betreffen, in der Kommission gemacht werden dürfen, so daß der Reichstag es durch eine Resolution seiner Auffassung über den von der Interpellation berührten Gegenstand ausdrücken könnte. In der ersten Lesung der Kommission wurden auch entsprechende Bestimmungen angenommen, die aber in der zweiten Lesung wieder gestrichen wurden. Außer bei den Bestimmungen über Interpellationen sind an der Geschäftsordnung noch einige andere Änderungen vorgenommen. Bisher hieß es, daß in der Regel in jeder Woche eine Sitzung stattfinden sollte, in welcher an erster Stelle die von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträge und Petitionen zur Beratung gelangen sollten, ein sogenannter Schwerinstag. Dabei war der Reichstagspräsident die Möglichkeit gegeben, von dieser Regel abzuweichen. Nach den Vorschlägen der Geschäftsordnungskommission soll in Zukunft eine Ausnahme nicht mehr gemacht werden dürfen, wenn auch nur 15 Mitglieder widersprechen. Es soll dann ferner bestimmt werden, wenn außer dem Schwerinstage auch noch andere Sitzungen zur Beratung der Anträge aus dem Hause benutzt werden, so darf in einer solchen Sitzung ein Antrag eines Abgeordneten auch außerhalb der Reihenfolge beraten werden, falls der Reichstag es beschließt. Dadurch ist allerdings die Möglichkeit gegeben, wenn die Reichstagsmehrheit es wünscht, eine sofortige Beratung und Abstimmung über einen anlässlich einer Interpellation gestellten Antrag herbeizuführen.

Mitglieder des Bundesrats haben nach der Verfassung das Recht, jederzeit das Wort zu ergreifen, auch zu einer Frage, die augenblicklich nicht auf der Tagesordnung steht.

Bisher war bereits in der Geschäftsordnung bestimmt: Nimmt ein Vertreter des Bundesrats nach dem Erschließen der Diskussion das Wort, so gilt diese als neue für eröffnet. Die Kommission schlägt vor, noch folgende Bestimmung hinzuzufügen:

Nimmt er außerhalb der Tagesordnung das Wort, so kann auf Antrag eines Mitgliedes der Reichstag die Eröffnung einer Diskussion über seine Ausführungen beschließen; die Abstimmung über den Antrag erfolgt ohne Diskussion.

Die erweiterte Geschäftsordnungskommission hat nur halbe Arbeit gemacht, hätte sie ganze Arbeit tun wollen, so hätte sie sich ihre Arbeit viel leichter machen können. Sie brauchte nur die vorliegenden Anträge der Sozialdemokratie anzunehmen. Außerdem ist der Schuß der Minorität vor Vergeßlichkeit durch die Majorität durchaus ungenügend. Zugegeben muß werden, daß der Reichstag, wenn der Entwurf der Kommission angenommen wird, nicht mehr ganz so hilflos dastehen, wie bisher. Aber ob er einen größeren Einfluss auf die Geschicke des deutschen Volkes erringen wird, ist eine andere Frage. Dazu ist eine Mehrheit nötig, die der Regierung gegenüber stets energisch auftritt. Eine solche Mehrheit haben wir nicht, und deshalb wird, trotz aller schönen Geschäftsordnungsänderungen, das alte Gend bleiben.

Will das deutsche Volk, daß unsere politischen Zustände anders werden, so muß es vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Zusammensetzung des Reichstages eine andere wird.

Die deutschen Gewerkschafts-Kartelle im Jahre 1908.

III.

Die Ausgaben der Kartelle werden hauptsächlich gedeckt durch feste Beiträge, die von den angeschlossenen Gewerkschaften erhoben und in der Regel pro Mitglied berechnet werden. Daneben bestehen noch als Einnahmequellen Ueberflüsse aus Veranstaltungen und Unternehmungen. Von den 606 an der Statistik beteiligten Kartellen erheben einen festen Beitrag pro Mitglied 599. Von 2 Kartellen wird als Beitrag ein bestimmter Betrag von jeder verkauften Beitragsmarke berechnet. Zwei weitere Kartelle erheben von den Gewerkschaften eine bestimmte Pauschalsumme und 3 Kartelle haben über die Beitragsleistung keine Angaben gemacht. Unter den 599 Kartellen, die feste Beiträge pro Mitglied erheben, befinden sich 102, welche getrennte Beitragsleistungen für die Kartellklasse und das Sekretariat haben. Die Zahl der Kartelle mit einem Beitragsjahre bis höchstens 20 Pfg. beträgt 102. Einen Beitrag von 21–80 Pfg. erheben 383 Kartelle. 70 Kartelle erheben einen Beitrag von 0,81 bis 1,20 Mark. Bei 37 Kartellen beträgt der Beitrag 1,20–2 Mark. Einen Beitrag von über 2 Mark erheben 7 Kartelle. Der höchste Beitrag beträgt 3 Mark und wird von einem Kartell erhoben. Die Beitragsleistung hat sich wieder stark nach aufwärts bewegt. Die Zahl der Kartelle, die einen Beitrag von höchstens 20 Pfg. erheben, ist seit 1907 von 19,9 Proz. auf 16,8 Proz. zurückgegangen; die Durchschnittsbeitragsleistung ist von 56,2 Pfg. auf 60,7 Pfg. gestiegen.

Ueber Einnahmen und Ausgaben der Kartelle liegen aus 589 Orten Angaben vor. Diese 589 Kartelle hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 610 446 Mk., an Streiksammlungen 9987 Mark, an sonstigen Einnahmen aus den Ueberflüssen von Veranstaltungen und Unternehmungen, Sammlungen, Schriftenvertrieb usw. 275 858 Mark. Die Gesamteinnahme betrug 886 291 Mark. Dieser Gesamteinnahme steht eine Ausgabe von 883 158 Mark gegenüber.

Stellt man Einnahme und Ausgabe für Streiks außer Berechnung, so ergibt sich für das Jahr 1908 gegenüber dem Jahre 1907 eine Vermehrung der Gesamteinnahmen um 101 657 Mk. und eine Erhöhung der Gesamtausgabe um 186 477 Mark.

Die Klassenbestände der 589 Kartelle betrugen am Schluß des Jahres 1907 471 770 Mk. und am Schluß des Jahres 1908 484 903 Mark. Es ist demnach eine Vermehrung der Klassenbestände von 13 133 Mk. eingetreten.

Bei der Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Posten (ohne Streiks) für die Jahre 1907 und 1908 ergibt sich folgendes Bild:

Es verausgabten für	1907		1908	
	Kartelle	Mk.	Kartelle	Mk.
Agitation	447	65 081	484	84 427
Arbeitervertreterwahlen	218	29 082	240	29 322
Statistische Erhebungen	58	5 441	84	7 007
Schreiben und Arbeitsnachweis	60	12 615	78	14 739
Gewerkschaftshäuser und Versammlungsorte	74	72 652	90	82 086
Ausfunferteilung, Bibliotheken und Velehallen	393	213 069	449	239 403
Bewaltung: Gehälter, Miete, Verwaltungsmaterial, Inzerate usw.	465	134 428	522	189 058
Sonstige Ausgaben	492	150 713	547	223 516
Summa	—	683 081	—	869 558

Die Ausgaben sind bei allen Postitionen, und zum Teil recht erheblich, gestiegen. Unter den Ausgabeeposten für Verwaltung sind von einer ganzen Anzahl Kartelle auch Kosten für Ausfunferteilung verzeichnet worden. Wie hoch die dafür ausgegebenen Summen unter diesem Ausgabeeposten sind, läßt sich aus den Klassenberichten nicht feststellen.

Die Einnahmen und Ausgaben für Unterstützung von Streiks und Ausschreibungen sind gegenüber dem Jahre 1907 stark zurückgeblieben. Es wurden zu diesem Zweck 102 440 Mk. weniger verausgabt und 101 629 Mk. weniger eingenommen. Die großen Summen des Jahres 1907 sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß von der Generalkommission im gleichen Jahr in sechs Fällen Anträge zur Sammlung von Geldern zur Unterstützung streikender Gewerkschaften des In- und Auslandes ergingen, während solche für das Jahr 1908 unterblieben. Dadurch hat sich die Unterstützungssumme, die von den Kartellen für auswärtige Streiks abgeführt wurde, um 82 045 Mk. verringert. Bei der Verringerung der Ausgaben für Streiks am Orte seitens der Kartelle mag zunächst die ungünstige wirtschaftliche Konjunktur von Einfluß gewesen sein, die naturgemäß die Zahl der Angriffsbewegungen der Arbeiterschaft zurücktreten läßt. Aber auch die immer mehr sich steigende finanzielle Leistungsfähigkeit der Zentralverbände, die sich auch auf die Zweigvereine erstreckt, bildet ein wesentliches Moment für das Zurücktreten der Unterstüttungen bei Streiks durch die Kartelle. Dies kann als ein erfreulicher Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaften angesehen werden.

Wenn wir uns in jedem Jahr auf Grund von gut durchgeführten statistischen Erhebungen mit der Entwicklung der Kartelle der freien Gewerkschaften beschäftigen, so erscheint es auch angebracht, ähnliche Einrichtungen der gegnerischen Gewerkschaften aufmerksam zu verfolgen. Die für uns dabei in Frage kommenden Organisationen: die Christlich-Deutschen Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften, haben es bis jetzt vorgezogen, sich über die Zahl und Stärke ihrer Ortsgruppen auszuweichen. Die Angaben, die wir darüber zu machen vermögen, verdanken wir den Informationen unserer Kartellfunktionäre. Sie können nicht als vollständig angesehen werden, weil sie nur gemacht sind für die Orte, in denen Kartelle der freien Gewerkschaften bestehen und es selbst dort schwierig hält, von den gegnerischen Gewerkschaften zuverlässiges Zahlenmaterial zu erhalten.

Nach den uns gemachten Angaben bestanden: In 153 Orten (1907: 161) Ortsverbände der Christlich-Deutschen Gewerkschaften, denen 606 (1907: 542) Ortsverbände angeschlossen sind. In 135 Orten (1907: 124) waren Kartelle der christlichen Gewerkschaften vorhanden, denen 691 (1907: 551) Zweigvereine angeschlossen. In 20 Orten bestehen Christlich-Deutsche Arbeitersekretariate und Rechtsanwaltsbüros, und in 94 Orten befinden sich christliche Sekretariate oder Volksbüros.

Bei der Unvollständigkeit des Materials lassen sich aus dem für die Jahre 1907 und 1908 gegebenen Zahlen bestimmte Schlussfolgerungen über die Entwicklung der gegnerischen Kartelle nicht ziehen. Unsere Kartelle werden aber gut tun, dort, wo sie mit gegnerischen Kartellen zu rechnen haben, alle Kräfte anzuwenden, um die Ausdehnung der freien Gewerkschaften zu fördern und damit die vollständige Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.

Wie die früheren Statistiken der Kartelle der freien Gewerkschaften, so gewährt uns auch die des Jahres 1908 einen guten Einblick in ein reiches, vielgestaltiges Bild gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die steigende Entwicklung der Kartelle, besonders aber die eingetretene Vermehrung derselben seit dem Jahre 1907, kann mit als ein Zeichen dafür gelten, daß die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung selbst nicht in einer Periode der drückendsten wirtschaftlichen Krise gehemmt werden können. Ja, solche Zeiten erscheinen sogar geeignet, den festeren Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder zu fördern. Und dieses Moment wird wieder dazu beitragen, einen kräftigen numerischen Aufstieg der freien Gewerkschaften herbeizuführen, sobald mit einer günstigeren wirtschaftlichen Konjunktur eine größere Bewegungsfreiheit der Arbeiter eintritt.

Mögen die Gewerkschaftskartelle sich stets der hohen Aufgaben, die sie im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung zu erfüllen haben, bewußt bleiben. Mögen die Kartelle auch fernerhin besonders bemüht sein, nach besten Kräften mitzuarbeiten an der Ausdehnung der freien Gewerkschaften und der Vertiefung des Klassenbewußtseins bei der deutschen Arbeiterschaft.

G. Herrmann.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die unaufrichtige Regierung. Die „Nordb. Allgem. Zeitung“ ist von den Arbeiten der Finanzkommission durchaus nicht erbaut. Sie findet, daß das Ergebnis der bisherigen Beratungen vollkommen unzulänglich ist. Tatsächlich sind auch gestrichen worden: Die Steuern auf Elektrizität und Gas mit 50 und auf Anzeigen mit 33 Millionen Mark. Die Brauwassersteuer würde nach dem Entwurf statt 100 Millionen nur 85 Millionen Mark mehr bringen; der Tabak statt 77 Millionen nur etwa 85 Millionen; die Weinsteuer, die mit 20 Millionen Mark angelegt war, ist ganz gefallen und die Erhöhung der Schaumweinsteuer wird im allerersten Falle fünf Millionen Mark bringen. Die „Nordb. Allgem. Zeitung“ berechnet, daß statt der benötigten 500 Millionen Mark bis jetzt nur 240 Millionen Mark bewilligt worden sind. Das Organ des Fürsten Bülow versucht es nun damit, den roten Tappan zu schwingen. In einträglicher Weise wird darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie über das Stedenbleiben der Reform außerordentlich erfreut sei, und daß die sozialdemokratische Presse seit den Reichstagswahlen von 1907 nicht wieder so herausfordernd und so triumphierend war, als in der letzten Zeit.

Die evangelischen Arbeitervereine zur Reichsfinanzreform. Köln a. Rh. Der Ausschuss des über 40000 Mitglieder zählenden Verbandes evangelischer Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen sagte in seiner letzten Sitzung einstimmig eine Resolution, in der der Verband erklärte, er halte neben den indirekten Steuern, durch die die arbeitenden, geringeren Stände in besonderer Maße getroffen werden, eine ausreichende Belastung des Besitzes für nötig und sehe in einer, die kleinen Erbschaften schonenden, bei größeren Nachlässen progressiv steigenden Erbschaftsteuer eine geeignete Form derselben. Daneben empfahl er die Reichsvermögenssteuer als eine durchaus gerechte und wirksame Heranziehung der nicht in erster Linie durch den einzelnen Besitzer selbst, sondern durch die Gesamtheit der Nation und ihre Arbeit bewirkte Steigerung des Wertes von Grund und Boden. Zugleich begrüßt er diese Steuer als einen ersten Schritt zu der notwendigen Bodenreform und zu einer gesunden Wohnungspolitik seitens des Reiches. An den Reichstag richtete der Verband die Aufforderung, unter Hintanhaltung parteipolitischer Bestrebungen und Wünsche endlich die durch die Ehre des Reiches gebotenen Beschlüsse im Sinne obiger Empfehlung zu fassen.

Die Landtagswahlen in Berlin. In der ersten Wahlperiode der Reichstagswahl fanden die Landtagswahlen in Berlin statt. Wie die Scherzpresse erzählt, wird Müchlichkeit genommen auf die nun beginnende Reisezeit, die sehr viele Wähler bis in den kleineren Beamten- und Mittelstand hinein gerade am Tage der Wahl, wenn sie im Sommer stattfände, abhalten würde; was im gewissen Sinne eine Benachteiligung der bürgerlichen Wähler darstellen würde.

Goldhunde in Südbahar. In dem Diamantenfeld haben sich — wenn man der Kolonialpresse glauben darf — jetzt auch Goldhunde gezeigt. Etwa 50 Kilometer südlich von Seeheim hat man vor einigen Monaten begonnen zu plegen, und die Quarzschichten unterzogen lassen. Die Analyse soll ergeben haben, daß die Tonne Quarz 28 Gr. Gold enthält. Es ist auch bereits eine Gesellschaft gegründet worden zur Ausbeutung dieser Goldminen.

Aus dem Reichstag.

Aus der Finanzkommission des Reichstages. In der heutigen Sitzung der Finanzkommission wurde das Erbschaftsteuergesetz abgelehnt. Für das Gesetz stimmten: Sozialdemokraten, Nationalliberale, Reichspartei und Freisinnige. Vor der Ablehnung hatte der Schatzsekretär erklärt, daß die Regierung dem Reichstage nach Pfingsten ein Erbschaftsteuergesetz vorlegen werde, und daß die Regierung auf die Verabschiedung des jetzt vorliegenden Entwurfs keinen Wert lege. Daraufhin erfolgte die Ablehnung.

Zur Beratung gelangten dann: Zwei Resolutionen zur Erbschaftsteuer. Die Nationalliberalen wünschen eine Novelle zum alten Erbschaftsteuergesetz, und — soweit die Novelle 100 Millionen jährlich nicht einbringt — die Vorlage anderweitiger Besteuerungen. Zu dieser Resolution hat das Zentrum beantragt, daß im Falle der Gesetzesbillschuld vorgelegt werden müßten. Nach längerer Debatte wurden die Resolutionen zurückgezogen.

Die Kommission trat sodann in die Beratung des Gesetzentwurfs über das Erbrecht des Staates ein. Das Gesetz will, daß weitestfernte Verwandte nicht mehr erbberechtigt sein sollen, sondern daß die Hinterlassenschaft dem Staate zufällt. — Von den Konservativen wurde dieses Gesetz als absonderlich bezeichnet. Abg. Genosse David wies demgegenüber darauf hin, daß sich die Konservativen auch in dieser Frage nur vom Geldsackinteresse leiten lassen. Das Gesetz wurde schließlich en bloc gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Bei der Schaumweinsteuer ist eine andere Steuerstaffel vorgeschlagen worden. Nach eingehender Beratung wird das Gesetz mit einigen unwesentlichen Veränderungen angenommen. Die Steuer für teure, einheimische Schaumweine wird von 250 auf 800 Mk. erhöht. Vor der Abstimmung gab der Abg. Dr. Baasche namens der Nationalliberalen die Erklärung ab, daß seine Freunde zwar mitarbeiten wollen, aber daran festhalten müssen, daß neben den 400 Millionen indirekten Steuern 100 Millionen Besteuerungen geschaffen werden. Mit den jetzt ins Auge gefaßten Beschlüssen bezüglich der Besteuerungen sind die Nationalliberalen nicht einverstanden. Ihre Abstimmung ist deshalb nur eine provisorische. Abg. Dr. Wiemer gab eine gleiche Erklärung ab.

Trotz des Widerspruchs der Sozialdemokraten wird in die zweite Lesung der Brandsteuer eingetreten. Die Sozialdemokraten hatten deshalb widersprochen, weil eine ganze Menge Anträge in letzter Minute eingegangen sind, deren Tragweite nicht sofort zu übersehen war.

Die §§ 1 bis 5 wurden mit einigen unbedeutenden Veränderungen angenommen. Darauf wurde die Kommission bis Dienstag, 25. Mai, vertagt. Am Dienstag soll erstens die Brandsteuer weiterverhandelt werden, zweitens die Tabaksteuervorlage.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 24. Mai.

Wegen Beleidigung des Herrn Heinrich Behmeyer vom christlichen Metallarbeiterverband ist unser Redakteur Sachs vom Schöffengericht zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Herr Behmeyer fühlte sich beleidigt, weil er in einem Artikel der „Volkskraft“ als der „Mann von Götze mit der traurigen Verhüllung“ und sein Verhalten bei Götze als „arbeitsverhüllendes Treiben“ bezeichnet war. Wenn wir wegen solcher Papalien jedesmal gegen die Christen Strafverurteilung stellen wollten, hätten wir viel zu tun.

Hörs, Behrens und Dr. Burdhardt. Wir teilen unsern Lesern in den letzten Tagen unter diesem Titel den Verrat der Wirtschaftlichen Vereinigung mit und gaben genau den Wortlaut über die Abstimmung der einzelnen Parteien bei der Tabaksteuer aus, dem Verbandsorgan der christlichen Tabakarbeiter wieder.

Bielefelder Sommertheater.

Am Sonntag, 22. Mai 1909: Pension Schöller, Schwank in 3 Aufzügen von Carl Laufs. Eine tolle Geschichte, die uns da vorgebracht wird, eine ganze Familienpenion als Verdrängungsanstalt vorzuführen, aber wirklich lustig und trotz aller Tollheit doch nicht so blödsinnig, wie die modernen Posen meist sind. Die Aufführung war recht gut. Hans Freiden gab den Pensiondirektor, Wilada Walben die Ulrike Spörcher, Willy Schneider den Onkel, Emmy Berend die Christellierin, Josephine Krüger und Max Caro den Eugen Kumpel. Auch die Regie war gut.

laut über die Abstimmung der einzelnen Parteien bei der Tabaksteuer aus, dem Verbandsorgan der christlichen Tabakarbeiter wieder.

Der „Ravensberger“ teilte dann aufatmend seinen Lesern mit, daß es nicht wahr sei, daß beide obengenannte Abgeordnete für den Wertzoll auf Tabak gestimmt hätten, sondern einer wäre dafür, der andere dagegen gewesen.

Der „Ravensberger“ hat sich stets dadurch hervorgetan, daß er die wirtschaftlichen Tabakarbeiter für sehr dumm hält. Er hat ja ein gewisses Recht dazu, aber dieses Recht geht doch nur so weit, als er Tabakarbeiter zu seinen Lesern zählt. Die übrigen Tabakarbeiter verstehen sehr gut, wenn einer für, der andere gegen die Steuer stimmt, daß dann die eine Stimme die andere aufhebt. Das ist gleichbedeutend damit, als wenn die beiden Abgeordneten zu Hause geblieben wären. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat bis jetzt stets versagt, wenn Arbeiterinteressen in Frage kamen. Am Schluß beruft sich der „Ravensberger“ auf die „Deutsche Tabakarbeiterzeitung“, das christliche Verbandsblatt. Wir erlauben nun den „Ravensberger“, einmal die letzte Nummer vom 21. Mai zu Hand zu nehmen. Der Leitartikel in diesem Blatte ist überschrieben: „Die weitere Behandlung der Tabaksteuer im Reichstage“. Auf der zweiten Seite steht nun wörtlich:

In der Abstimmung wird die Beratung zu 1. „Erhöhung des Wertzolls“ gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen abgelehnt, der Wertzollzuschlag im Prinzip mit 16 Stimmen (Konservative, Reichspartei, Wirtschaftliche Vereinigung, Zentrum) angenommen.

So, nun mag der „Ravensberger“ sich weiter blamieren, wir haben nichts dagegen. Wir haben sogar Mitleid mit dem „Ravensberger“. Denn gelangt es ihm nicht, seine Leser über die Haltung seiner Fraktion zu täuschen, dann kostet ihm das tabaksteuerfeindliche Verhalten der Wirtschaftlichen Vereinigung die Existenz. Deshalb billigen wir dem „Ravensberger“ ob seines Zöses auch mildernde Umstände zu. Der Christlich-Sozialen Partei und ihrem Organ steht das Wasser bis am Hals.

Wie der „Ravensberger“ aber den Röss noch schätzen will, ist uns nicht recht klar, aber will er seinen Lesern vielleicht auch noch erzählen, das Zentrum habe gegen die Tabaksteuer gestimmt? Fertig bringt es der „Ravensberger“, und wenn er dabei die Augen fromm verdrückt, findet er auch noch Leute, die es glauben. Wir verstehen nun aber die Feindschaft der Christlich-Sozialen gegen ihr Blatt. In einer christlich-sozialen Konferenz in Vöhringen meinte ein Redner: Wo man eine Zeitung nötig habe. Ein richtiger Christlich-Sozialer habe an der Bibel genug und soll nur die Bibel lesen. Wäre das nicht herrlich, lieber „Ravensberger“? Wie könnte die Christlich-Soziale Partei dann die Bauernfängerei im Großen betreiben.

Grober Unfug. Als einen solchen muß man es bezeichnen, daß gestern die Läden offen waren. Das Geschäft war gleich Null, aber die Angestellten mühten in der drückenden Hitze in den Geschäftsräumen herumstehen. Sie waren um ihre sonntägliche Erholung gebracht. Und gerade die Angestellten im Handelsgewerbe, die doch eine sehr lange Arbeitszeit haben, bedürfen dieser sehr. Man sollte doch die Bestimmungen, daß Sonntag vor Pfingsten die Läden am Nachmittag offengehalten werden dürfen, schleunigst wieder beseitigen.

Der Streik bei der Firma G. F. Band knecht. Nachdem schon am Freitag die Firma Band sich der Organisationsleitung gegenüber bereit erklärt hatte, in Unterhandlungen einzutreten, fanden dann am Sonnabend Unterhandlungen zwischen der Firma und dem Geschäftsführer des Verbandes, sowie einer Kommission, bestehend aus je einer Kollegin aus jeder Abteilung, statt. Bis abends 6 Uhr gelang es dann, eine Einigung zu erzielen und eine Versammlung beschloß dann einstimmig, den Abmachungen der Kommission zuzustimmen und Montag früh die Arbeit aufzunehmen. Mit dem Abschlusse können wir vollst. zufrieden sein. Haben wir doch ganz schöne Lohnaufbesserungen für die Blätterinnen erzielt. Die Firma zeigte volles Entgegenkommen, weshalb es auch gelang, in der kurzen Zeit den Kampf zu beenden, was jedenfalls von beiden Seiten begrüßt werden kann. Aber auch die Arbeiterinnen der übrigen Betriebe mögen aus diesem Kampfe die Lehre ziehen, daß für sie das erste sein muß, sich der Organisation anzuschließen, damit es auch in den übrigen Betrieben gelingt, bessere Verhältnisse zu erzielen. Die vorzügliche Einmütigkeit der Blätterinnen von Band während dem Kampfe mögen einer jeden Arbeiterin als Muster dienen. So wie es möglich war bei der Firma Band erhebliche Vorteile zu erreichen, so wäre es in diesem Frühjahr überall möglich gewesen, daselbe zu erreichen, wenn sich die Kolleginnen mehr um ihre Lage gekümmert hätten. Mögen deshalb diese Zeilen dazu beitragen, in den nächsten Wochen die Organisation zu stärken, damit das Versäumte nachgeholt werden kann.

Schwarze Listen unter den Konfektionären. Daß man es auch unter den Konfektionären versteht, die Arbeiter und Arbeiterinnen auszunutzen zu lassen, beweist uns nachstehendes Schreiben, das uns ein günstiger Wind in unsere Hände wehte:

Herrn S. Ruben, Bielefeld. Die Arbeiterinnen B. O. und Dr. St. haben bei uns resp. unsern Untermeister die Arbeit niedergelegt.

Wir bitten Sie höflich, oben Genannte, falls solche bei Ihnen um Arbeit nachfragen sollten, laut den Aussagen unseres Vereins, nicht engagieren zu wollen. Hochachtungsvoll Noß u. Cahn.

Bemerken wollen wir noch, daß es sich hier um Arbeiterinnen handelt, die nicht einmal der Organisation angehören. Man sieht, daß das Unternehmertum keinen Unterschied macht zwischen Organisierten und Unorganisierten. Gerade für das Unternehmertum in der Konfektionsindustrie ist es ein Leichtes, in einer solchen Weise die Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen mit Füßen zu treten, denn nur ein kleiner Teil hat es erst eingelesen, daß nur die Organisation ihre Verringerung herbeiführen kann.

Deshalb, Kollegen und Kolleginnen der Konfektionsbranche, tretet ein in den Verband deutscher Schneider und Wäschearbeiter, dann wird es auch gelingen, der ungleichen Handelsweise der Unternehmer Einhalt zu bieten.

Die Generalversammlung des Verschönerungs-Vereins, welche am Sonntagabend auf der „Vergl.“ stattfand, war gut besucht. Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Stapenhorst, erstattete den Jahresbericht für 1908 und erläuterte den Haushaltsplan für 1909. Aus ersterem geht hervor, daß der Verein im Laufe des Jahres 24 Mitglieder durch Tod verloren hat und daß die Gesamtzahl der Mitglieder zurzeit 1012 Personen beträgt. Der von der Versammlung genehmigte Haushaltsplan für 1909 schließt in Einnahme mit 7700 Mark, in Ausgabe mit 4800 Mark ab, so daß ein voraussichtlicher Bestand von 2900 Mark am Jahresschlusse verbleiben wird. Der von dem langjährigen Schatzmeister H. Vertelsmann erstattete Kassenbericht bewegt sich im Rahmen des vorjährigen Etats. Dem Schatzmeister wurde nach erfolgter Prüfung Entlastung erteilt und ihm durch den Vorsitzenden der Dank des Vereins für seine Mithewaltung ausgesprochen. An Stelle des verstorbenen Stadtrats Gustav Vertelsmann wurde Herr Kommerzienrat Behagen in den Vorstand gewählt und für die nach Ablauf ihrer Wahlperiode auscheidenden Herren Dr. Freiberger v. Acheraden, Kommerzienrat Klasing, Bürgermeister Dr. Stapenhorst und Direktor E. Wessel wiedergewählt. Die Aufstellung mehrerer Bänke wurde von der Versammlung gewünscht, der Vorsitzende sagt Erfüllung der Wünsche zu. Im Anschluß an die Versammlung fand das übliche Spargelessen statt, an dem sich etwa 40 Personen, darunter einige Damen, beteiligten.

Das städtische Orchester veranstaltet am Dienstag sein erstes Garten-Konzert im Hotel „Kaiserhof“, Beginn des Abends 8½ Uhr, unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Max Cahnbley.

Sommertheater Bielefeld. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Um vielfachen Wünschen des verehrlichen Theaterpublikums entgegen zu kommen, haben zu der heutigen Aufführung der „Kameliendame“ noch im Um auf befindliche Dugendarten der vorigen Direktion Max Sandhage ausnahmsweise Gültigkeit mit einem Zuschlag von 30 Pfg. — Dienstag, zum 3. Male: „Wo wohnt sie denn?“

Polizeibericht. Schlägerei. Heute nacht gegen 3 Uhr fand in der Körnerstraße zwischen 4 Personen eine Schlägerei statt, bei welcher das Messer wiederum eine Hauptrolle spielte. 2 Personen wurden schwer verletzt. Die beiden Täter wurden festgenommen und in das Polizei-Gefängnis eingeliefert.

Straßenperierung. Zur Vornahme von Gleisveränderungen wird die Bahnhofstraße vom Bahnhof bis Lühmstraße vom 25. bis einschl. 27. dieses Monats für den Fahrverkehr gesperrt, desgleichen am 28. und 29. von der Bismarckstraße bis zur Zeilenstraße.

Festgenommen wurden 8 Personen wegen versuchter Gefangenenerbreitung, Trunkenheit, groben Unfugs, Obdachlosigkeit und Körperverletzung, 4 Obdachlose erhielten im Polizei-Gefängnis hier Unterkunft.

Versammlungen.

Bielefeld. Maurer-Verband. Mittwoch, 26. Mai, abends 7 Uhr, bei August Indestel: Versammlung.

Holzarbeiterverband. Mittwoch, 26. Mai, abends 8½ Uhr: Sitzung der Ortsverwaltung im Verbandsbureau.

Schildebe. 24. Mai. Gemeinderatsitzung vom 22. Mai. Die Einführung der Wertwachsteuer wurde einstimmig beschlossen und für die Vorarbeiten eine Kommission gewählt. Die Gemeinde Schildebe beteiligt sich an der zu errichtenden Badeanstalt gemeinsam mit den Gemeinden Dreesen, Gellershagen und Baurisch Schildebe. Die Kosten werden zu gleichen Teilen getragen.

st. Brake i. W. 23. Mai. Die Volksversammlung heute nachmittag auf der Deele des Herrn Gemeindevorsetzers Niemann war von etwa 20 Personen besucht. Genosse Seering gab in seinem 1½stündigen Vortrage ein ausführliches Bild von der heutigen Finanzwirtschaft im Deutschen Reich, wobei er in treffenden Worten das Bestreben der herrschenden Klassen, die Lasten auf die minderbemittelten Volkskreise abzuwälzen, trotz dem im § 6 des Flottengesetzes vom Jahre 1900 festgelegt wurde, daß die erhöhten Ausgaben für die Marine nicht durch indirekte Steuern aufgebracht werden sollen, kennzeichnete. Beim Geldebeutel hörte der so viel betonte Patriotismus der Versammelten eben auf. Lebhafter Beifall lobte den Redner. Auf eine Anfrage hin besaßte sich Genosse Seering dann noch mit der Automobilsteuer und wies nach, welchen enormen Schaden dieselbe gerade für die Arbeiter im Gefolge gehabt habe. Nicht darauf komme es an, die Merkmale des Reichstums zu besteuern — das bringe in der Regel noch nicht ein mal die Erhebungsstellen ein — sondern den Reichtum selbst durch eine progressiv steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer zu treffen. Für Luxussteuern, die nicht auf die kleinen Leute abgewälzt werden könnten und bei denen für das Reich wirklich etwas herauskomme, sei auch die Sozialdemokratie zu haben. Ein Versammlungsbesucher, der sich als zu seiner Partei gehörend vorstellte, gab seiner Verdringung über die ausfallenden Ausführungen des Referenten Ausdruck. In seinem Schlusswort forderte Genosse Seering unsere Parteifreunde zu reger Agitation für die „Volksmacht“ und für den Sozialdemokratischen Verein auf. Wenn es auch nicht wahrheitsgemäß sei, daß es zu einer Auflösung des Reichstages komme, so sei aber doch bei dem Zustand-Rurs der Regierung auch mit dieser Möglichkeit zu rechnen. Deshalb müsse das Pulver trocken und das Schwert geschliffen gehalten werden.

Die christlich-sozialen Wortführer, sonst „große Geister“ vor dem Herrn, wenn sie unter sich sind, hatten auch hier den besseren Teil der Tapferkeit gewählt und — waren zu Hause geblieben.

Aus der Senne. 23. Mai. Ein großer Heidebrand wütete am Freitag auf dem Truppenübungsplatz. Der Brand brannte sich in einer Breite von einem Kilometer vorwärts. Zur Bekämpfung des Feuers wurde die 26. Infanteriebrigade, welche zurzeit in der Senne übt, abgeordnet. Unter großen Schwierigkeiten wurden Gräben aufgeworfen, doch mußten die wackeren Musketiere immer wieder zurück, da das Feuer mit großer Schnelligkeit näher rückte. Endlich gelang es, einen breiten Graben zu werfen, den das Feuer, welches zeitweise haushoch lohte, nicht überpringen konnte. Das Feuer hat die Schanzen zwischen Maschinenhaus, Diebesturm und Landbenteich vollständig in einer Breite von einem Kilometer und in einer Länge von annähernd zwei Kilometern vernichtet. Ein fündiger Photograph benutzte die Gelegenheit, das Flammenmeer auf seinen Platten festzuhalten.

Salzhausen. 22. Mai. Die Salzwerker Matergeliffen hatten, wie auch an dieser Stelle mitgeteilt wurde, ihren Meistern und dem Arbeitgeberverband für das Malergewerbe am 12. April einen Tarif unterbreitet. Hierauf ging bis zur gewünschten Zeit folgende Antwort ein:

„Auf Ihr Gesuch vom 12. d. M. teile ich Ihnen mit, daß der Arbeitgeberverband nicht abgeneigt ist, mit Ihnen zwecks Abschluß eines Lohnvertrages in Unterhandlung zu treten. Jedoch kann ich Ihnen erst Ende dieses Monats Bescheid geben lassen, da ich die Angelegenheit erst in unserer Versammlung vorbringen muß.“

Hochachtungsvoll der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, gez. Schierenberg.

Eine Versammlung der Gehilfen am 19. April kam zu dem Schluß, daß die Arbeitgeber nicht die Sache verschleppen wollten. Es wurde deshalb beschlossen, am anderen Tage die Kündigung einzureichen. Diesem Beschluß kamen auch alle organisierten Kollegen nach. Die Versammlung der Meister fand Sonntag, 26. April, im Lage statt.

Am 26. April fanden die Verhandlungen von Organisation zu Organisation statt. Es wurde ein Tarif auf Grund des Normaltarifs abgeschlossen.

Dieser wurde in den Versammlungen der Gehilfen und Meister angenommen und ist somit rechtskräftig. Wir bringen den Tarif zum Abdruck:

Vereinbart zwischen dem Bielefelder Metallarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband für das Malergewerbe am 12. April 1909.

Die Bestimmungen:

§ 1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden pro Woche.

§ 2. Die Lohnzahlung erfolgt am 1. d. Monats.

§ 3. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 4. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 5. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 6. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 7. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 8. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 9. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 10. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 11. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 12. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 13. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 14. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 15. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 16. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 17. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 18. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 19. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 20. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 21. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 22. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 23. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 24. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 25. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 26. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 27. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 28. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 29. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 30. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 31. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 32. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 33. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 34. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 35. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 36. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 37. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 38. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 39. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 40. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 41. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 42. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 43. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 44. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 45. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 46. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 47. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 48. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 49. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 50. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 51. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 52. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 53. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 54. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 55. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 56. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 57. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 58. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 59. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 60. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 61. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 62. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 63. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 64. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 65. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 66. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 67. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 68. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 69. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 70. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 71. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 72. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 73. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 74. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 75. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 76. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 77. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 78. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 79. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 80. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 81. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 82. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 83. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 84. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 85. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 86. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 87. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 88. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 89. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 90. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 91. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 92. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 93. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 94. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 95. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 96. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 97. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 98. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 99. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

§ 100. Die Stundenlohn beträgt 1 1/2 Mark pro Woche.

honorierungs-Verein, ...

am Dienstag sein ...

nacht gegen 3 Uhr ...

h, 26. Mai, abends ...

tsföbung vom ...

berammlung ...

Maiergehil ...

ch Ihnen mit, daß ...

geherverbandes ...

April kam zu dem ...

Organisation zu ...

Normal-Tarifvertrag ...

§ 1. Die Arbeitszeit ...

§ 2. Der Stundenlohn ...

Voraussetzung für ...

§ 3. Für Ueberstunden ...

§ 4. Bei Ueberstunden ...

§ 5. Für Ueberstunden ...

§ 6. Für Ueberstunden ...

§ 7. Für Ueberstunden ...

Gehilfen erwachsene ...

§ 4. Die Lohnzahlung ...

§ 5. Die Kündigungsfrist ...

§ 6. Der Gehilfe hat ...

§ 7. Jede Tarifübertretung ...

§ 8. Der Gehilfe hat ...

§ 9. Der Gehilfe hat ...

§ 10. Der Gehilfe hat ...

§ 11. Der Gehilfe hat ...

§ 12. Der Gehilfe hat ...

§ 13. Der Gehilfe hat ...

§ 14. Der Gehilfe hat ...

In einem Briefe schreibt er an seine Eltern: ...

Letzte Nachrichten.

Berlin, 24. Mai. Die schreckliche Tat eines Geisteskranken ...

Briefkasten der Expedition.

Achtung, Filialexpedienten! Die Filialexpedienten, welche ...

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für ...

Bielefelder Consum-Verein. Zum bevorstehenden Pfingst-Feste bringen wir unsere anerkannt vorzüglichen Platen- und Schnecken-Kuchen in empfehlende Erinnerung. Bestellungen werden bis Mittwoch, 26. d. M., in unseren Verkaufsstellen entgegengenommen. Der Vorstand.

In unserem Räumungs-Verkauf etwas Aussergewöhnliches. Grosser Verkauf hocheleganter Damen-Konfektion zu staunend billigen Preisen.

Eine Serie farbige engl. Damen-Paletots	350	Eine Serie Kinderkleidchen	450
Eine Serie farbige engl. Damen-Paletots	975	Eine Serie Russenkittel	95
Eine Serie elegante Staubmäntel	550	Eine Serie Russenkittel	195
Eine Serie Kimonos, schwarz und farbig,	1650	Eine Serie weisse Batistkleider	675
Eine Serie elegante Schneider-Paletots, auf Seide,	2500	Eine Serie weisse Batistkleider	1050
Eine Serie schöne Jackenkleider	1000	Eine Serie weisse, hocheleg. Leinenkleider	2250
Eine Serie elegante Jackenkleider	49.00 und 2900	Eine Serie weisse Leinen-Paletots	2250

Kostüm-Röcke aus modernen Stoffen, mit Knopfverzierung, meistens Niederröcke Wert bis 28.00 Serie I 14.50 Serie II 5.90 Serie III 2.75

Preiswerte Blusen

Weisse Batist-Blusen mit Passen und Durchsätzen	Ein Posten Damen-Blusen	Damen-Blusen
Serie I jede Bluse 1.95	in Tüll, Seide und Spitze, darunter hochelegante Teile	Musseline, reine Wolle, ganz gefüttert
Serie II jede Bluse 3.95	Wert bis 28.50	Serie I jede Bluse 2.95
Serie III jede Bluse 6.95	jede Bluse 9.75	Serie II jede Bluse 4.95
		Serie III jede Bluse 8.75

Von morgen, Dienstag, wieder vorrätig: Ein Posten Damen-Batist-Blusen jede Bluse 85.00 Ein Posten Prinzess-Kleider elegante Ausführung, aus bestem Leinen mit eleganter Stickerei und Durchsätzen jedes Kleid 28.50 und 22.00

Gebrüder Kaufmann Niedernstrasse 13. BIELEFELD. Niedernstrasse 13.

17
Dantelberg verlor
sichtlich, und jagte mit
ich, weh ich. Bei
Ihres Herrn Brude
die Gade ging .
Ich selbst bin zu we
hin und drückte w
eine bestimmte Richt
Trolla mußte ihn
allem rechnen, mein
Seele Solag, trop
Weiß ich, weh
mal blide Trolla in
Bild verstand, beru
habe ich erst einige G
verüßeln können. I
den blauen Dunst h
Trolla wollte zu
Gay die eingezog
ärten, bißete er sich
sagte er mit geund
Vorgschaft für mein
„Wahrhaftig, dan
berg mit einem Lach
Spott herauszufund
kennung auslegte.
Namen.“
Er erhob sich und
er vom Hintergrun
dieser sich eine Fede
eine Briefstafel aus
noten einnahm, die
zu schreiben haben?
„Gewiß, gewiß.“
tuszstägiger Wechsel
befangen war. Es
er seinen Namen an
volle Bedeutung er
tauchte, je mehrma
ganz überflüssigen U
nung des jelligen Na
wegen Wechsel zu ne
War Dantelberg
striden jene Fesseln
täter des Guten

2918

Beilage zur Volksmacht.

Nr. 118.

Bielefeld, Montag, 24. Mai 1909.

20. Jahrg.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

93. Sitzung vom Sonnabend, 22. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Abänderung des Stempelsteuergesetzes.

Die Kommission hat eine Versteigerung der Erlaubnisarten für Automaten und Musikwerke und für Radfahrarten eingefügt. Besonders erhöht sind die Stempel für die Titel der Kommerzienräte und Kommissionsräte; auch die Stempelgebühren für leibwillige Verfügungen sind wesentlich erhöht. Abg. v. Nicht-hofen (kon.): Es wird nicht möglich sein, im Plenum wesentliche Verbesserungen der in der Kommission in mühevoller Arbeit zustande gekommenen Beschlüsse herbeizuführen. Die Kommission hat sich im Rahmen der ihr vom Hause gestellten Aufgaben gehalten. Bestimmte Sätze darüber, was die neuen Beschlüsse bringen werden, lassen sich kaum geben. Vieles wird werden die Sätze abhängig sein von der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Wahlen, die Umgebungen des Gesetzes verhindern sollen, sind erzieherische möglichst eng gezogen. Den Jagdpachtvertragsstempel wollten wir auf fünf Mark festsetzen im Interesse der Bauern, die die Jagd nicht zum Vergnügen, sondern zum Schutze ihres Aders ausüben. Leider ist uns das in der Kommission nicht gelungen. Eine hohe Besteuerung der Automaten, insbesondere solcher, die schlimmer auf die Jugend wirken als die Schundliteratur, und der Spielautomaten, die die Spielwut des Publikums anregen, ist sehr angebracht. Im allgemeinen sind wir mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden.

Abg. König-Kreisel (Ztr.): Die hohe Besteuerung der Automaten begrüßen auch wir. Auch die Erhöhung der Steuer für die sehr bedenklichen Kinematographen entspricht der Gerechtigkeit. Den Kommissionsbeschlüssen können wir nur zustimmen.

Abg. Lohmann (natl.): Das Gesetz steht sich in Widerspruch mit den bisherigen Grundrissen der Stempelsteuergesetze, insofern auch für mündliche Nachverträge der Stempel soll erhoben werden können. Wir haben dem zugestimmt, nachdem der Herr Finanzminister erklärte, daß sonst der Umgehung dieser Steuer Tür und Tor geöffnet sei. Beim Stempel haben wir vor allem Wert darauf gelegt, die Luxusmietszettel zu treffen. Die Stempel für Läden- und Bureauumieten erscheinen uns dagegen zu hoch; man hätte sie den Mietszettel für landwirtschaftlichen Zwecken dienende Räume gleichstellen müssen. Zu begrüßen ist es, daß wenigstens die Zimmervermietungen stempelfrei geblieben sind. Die Jagdausübung halten wir, im Gegensatz zu den Herren der Rechten, unter allen Umständen für einen Luxus, der ruhig einen hohen Stempel betragen kann. Die Radfahrartensteuer lehnen wir ab. Eine erzieherische Ueberbestrafung hat sich in der Kommission über die Stempel für sogenannte „Standes“-Erhöhungen — nebenbei bemerkt ein Ausdruck, der nach unserer Verfassung, nach der alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind, nicht recht paßt — ergeben. Die Stempel für Mobilisierungen hätten sehr gut noch höher bemessen werden können. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Reinbacher (Fr. Vp.) wendet sich gegen die vorgesehene Besteuerung von öffentlichen Versicherungs-Gesellschaften, von Gesellschaftsverträgen, gewerblichen Mietsverträgen, Radfahrarten, Automaten.

Abg. Lüdicke (frl.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Kommissionsbeschlüssen. Die Radfahrartensteuer ist zu gering — sie beträgt pro Woche 1 Pfennig —, daß sie als Verkehrshindernis nicht angesehen werden kann.

Abg. Wolff-Bissa (Fr. Vp.): Das mobile Kapital und der städtische Besitz sind in der Kommission noch höher herangezogen worden als in der Regierungsvorlage. Dagegen hat man für die Landwirtschaft Erleichterungen in Höhe von 14 Millionen geschaffen. Die soziale Rücksicht erfordert es, notwendige Wertungen, wie das Rad des Arbeiters, der im Vorort wohnt und nach seiner Arbeitsstätte fahren muß, frei zu lassen und den Luxus der Jagdausübung höher zu besteuern. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die Generaldiskussion.

Hierauf vertagt das Haus mit Rücksicht auf die äußerst schwache Besetzung die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr.

Vorher kleinere Vorlagen; nachher 3. Lesung der Vergesetz-novelle.

Schluss: 3 Uhr.

Herrenhaus.

11. Sitzung vom Sonnabend, 22. Mai, 1 Uhr.

Präsident Frh. v. Manteuffel eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung stehen die Beschlüsse der Vor-lagen, soweit sie vom Abgeordnetenhaus abgeändert sind, zunächst das Lehrerbeförderungsgesetz.

Ein Antrag der Oberbürgermeister will die alte Fassung des Herrenhauses bezüglich der Staatszuschüsse wieder herstellen, so daß die Staatszuschüsse in der jetzigen Form beibehalten werden. Zur Gewährung von Ergänzungszuschüssen an Schulverbände mit mehr als 25 Schülern sollen dem Minister jährlich 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Stadtdirektor Tramm-Sannover: Wir können die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in Bezug auf die Alterszulagen der Lehrer annehmen, aber nicht in Bezug auf die Verteilung der Staatszuschüsse. Hier müssen meine Freunde auf ihrem Standpunkt beharren, da die Verteilung der Staatszuschüsse große Härten für viele Gemeinden in sich schließt. Die Mehrforderungen können mit Leichtigkeit aus dem Stempelsteuergesetz herausgeholt werden.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Das Abgeordnetenhaus hat sich den Beschlüssen des Herrenhauses weit angepaßt und die gesetzlichen Staatsbeiträge aufrecht erhalten. Die Regierung wollte ja überhaupt die Entziehung der Staatszuschüsse nur da vornehmen, wo ein Bedürfnis für die Zuschüsse nicht vorhanden ist. Aber das Abgeordnetenhaus ist weiter gegangen und hat die Entziehung der Beiträge an ganz bestimmte geistliche Kriterien geknüpft, die durchwegs verbunden, daß auch nur ein leistungsschwacher Schulverband die gesetzlichen Beiträge verliert. Damit könnte sich nun auch das Herrenhaus zufrieden geben. Der Vorredner hat auf die Mehrerträge aus der Stempelsteuer hingewiesen. Aber diese Erhöhung der Stempelsteuer ist notwendig wegen der erhöhten Beiträge für Lehrer und Beamte, wie sie vom Abgeordnetenhaus beschlossen sind. Zudem hat das Abgeordnetenhaus unsere Sätze verhältnismäßig herabgesetzt, so daß noch garnicht sicher ist, ob wirklich Mehreinnahmen herauskommen. Die großen Städte können die Mehrbelastung wirklich ertragen. Eine Verhängung ist notwendig, die ganze Materie muß endlich zum Abschluß kommen. Der Wunsch, die Lehrerhaft und die Beamtenhaft zuzurückzuführen, so weit es überhaupt möglich ist (Anhaltende Heiterkeit), ist ein Ziel, um dessen Erreichung wir alle bemüht sein sollten. Das Herrenhaus hat stets über den Parteien gestanden, ich hoffe, es wird von diesem Vorrechte auch hier Gebrauch machen. (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister Wallraf-Köln: Ich warne vor dem Wege, den das Gesetz vorschlägt. Das Schicksal des Gesetzes scheint ja entschieden zu sein und ich kann es verstehen, wenn man endlich mit der Materie zur Ruhe kommen will. Aber das Fundament der Gerechtigkeit wird durch die Entziehung der Staatsbeiträge vielfach verletzt; das muß festgestellt werden.

Oberbürgermeister Felsmann-Nagden: Ich habe gegen das Gesetz die größten Bedenken. Man könnte die entstehenden Ungerechtigkeiten dadurch ausgleichen, daß man die Entschädigungsgrenzen und die Staatsbeiträge einheitlich zusammenrechnet. Stimmen Sie unserem Antrage zu, wonach nur die notorisch notleidenden Städte Staatszuschüsse erhalten.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopf: Es liegen zwei Vor schläge zu einer Verhandlung auf neuer Basis vor. Mit dem Antrag Tramm wäre dem Abgeordnetenhaus nicht gebüht, das das Prinzip zum Ausdruck bringen wollte, daß zweifelslos leistungsfähige Kommunen Staatsmittel nicht erhalten sollen. Auch der Ausweg des Herrn Felsmann führt zu Härten und Ungerechtigkeiten. Wenn man eine bestimmte Grenze zieht, so kommt man immer zu einem Punkt, wo das Prinzip nicht mehr angebracht ist. Wollen Sie wegen dieser Frage das ganze Werk auf das Spiel stellen, indem Sie die Vorlage zurückgeben lassen? Im Abgeordnetenhaus wird man zweifelslos von den getragenen Beschlüssen nicht abgehen. Das Richtige ist wohl, wenn man die 700 000 Mark der Unterrichtsverwaltung überläßt, damit sie helfen kann, wo es notwendig ist. Dabei werden drei Gesichtspunkte maßgebend sein, erstens, daß neuentstehende Lasten härter drücken als bestehende, dann die Gesamtbelastung, die eine Gemeinde trifft, und drittens, daß die

Neubelastung am stärksten drückt, wenn ein bisher gewährter Staatsbeitrag zurückgezogen wird. Die Verteilung wird wie bisher auch in Zukunft glatt vor sich gehen. Tragen Sie mit bei zum Zustandekommen des Gesetzes. Dann ist etwas Großes für alle unsere Beamten und Lehrer erreicht. Das wird für unser Volksleben von guter Wirkung sein. (Beifall.)

Oberbürgermeister Johansen-Minden: Ich habe den Eindruck, daß das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen wird, und begrüße das im Interesse der Beamten und Lehrer. Aber man hätte auch die Interessen der Städte mehr berücksichtigen sollen.

Oberbürgermeister Solle-Essen führt aus, daß die Stadt Essen durch die Entziehung der Staatszuschüsse schwer geschädigt wird und erklärt sich für den Antrag Tramm.

Oberbürgermeister Rive-Halle a. S.: Trotz schwerer Bedenken ist ein Teil meiner Freunde und ich geneigt, der Fassung des Abgeordnetenhauses zuzustimmen; ich möchte nur noch einmal auf die Agitation zurückkommen, die seit den letzten Verhandlungen im Herrenhaus eingelegt hat. In einer öffentlichen Versammlung sind von Beamten und Lehrern ganz disziplinlose Äußerungen gefallen, die direkt auf eine Verächtlichmachung des Herrenhauses hinauslaufen. Das Herrenhaus ist eine Staats Einrichtung und die Verächtlichmachung von Staats Einrichtungen ist nicht nur durch das Disziplinarrecht, sondern auch durch das Strafrecht unter Strafe gestellt. Ich frage die Regierung, ob sie gewillt ist, gegen die disziplinlosen Beamten und Lehrer einzuschreiten. (Beifall.)

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopf: Die Regierung ist erfreut, daß Dr. Rive und das Herrenhaus bereit ist, ihr bei der Aufrechterhaltung der Beamtendisziplin zu helfen. Die Regierung ist auch selbstverständlich bereit, mit allen Mitteln die Disziplin aufrechtzuerhalten, daß sie dabei auch Angriffe zu erleiden hat, das werden die Herren aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in der letzten Woche erleben haben.

Nachdem noch Oberbürgermeister Rörte-Königsberg und Kultusminister a. D. Dr. Studt für die Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses eingetreten sind, wird unter Ablehnung des Antrages Tramm das Lehrerbeförderungsgesetz en bloc angenommen, ebenso wird das Gesetz über die Beamtensoldatung en bloc angenommen.

Auch die Vorlage betreffend die Abänderung des Einkommensteuer- und des Ergänzungsteuergesetzes wird ohne Debatte in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Die zu dem Gesetzentwurf vorliegenden Petitionen werden durch die Vorlage für erledigt erklärt.

Ebenso werden die Gesetzentwürfe über den Wohnungsgeldzuschuß der Beamten und die Pflanzenschutzgesetz en bloc angenommen.

Bei der Beratung des Mantelgesetzes erklärt der Berichterstatter von Wedel-Biesdorf, daß das Abgeordnetenhaus hat die rückwirkende Kraft vom 1. April 1908 an wiederhergestellt. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß den Beamten ein dahingehendes Versprechen in der Thronrede gegeben worden sei. Es ist selbstverständlich, daß uns nicht jedes in der Thronrede gegebene Versprechen ohne weiteres verpflichtet, wir haben vielmehr alle Vorlagen selbstständig gründlich zu prüfen. Zum Ueberflus steht aber in der Thronrede ein direktes Versprechen, den Beamten ihre Zulage schon vom 1. April 1908 zu geben, garnicht, wenn man dem Wortlaut nicht direkt Gewalt antun will. Der Redner erörtert dann die vom Abgeordnetenhaus vorgenommenen Änderungen am Mantelgesetz und empfiehlt aus Zweckmäßigkeitsgründen die Annahme der Fassung des Abgeordnetenhauses. Schon die vorgerückte Zeit verlange eine schnelle Fertigstellung der Vorlagen. Schließlich geht Redner auf die bekannten Beschlüsse der Budgetkommission des Reichstages für die Besoldung der Reichsbeamten ein und erklärt sie für unannehmbar. Der Finanzminister hat diese Beschlüsse ebenfalls für unannehmbar erklärt und sich dadurch die Feindschaft der Budgetkommission zugezogen. (Seiterkeit.) Ich möchte ihm aber meinen aufrichtigen Dank für seine Haltung aussprechen (Lebhafter Bravo!), und ihn bitten, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die verbündeten Regierungen bei ihrer Ablehnung der Reichstagskommissionsbeschlüsse beharren. (Beifall.)

Das Mantelgesetz wird hierauf mit sämtlichen Besoldungsvorlagen en bloc einstimmig angenommen.

Damit sind die Beamtensoldatungsgesetze endgültig erledigt. Das Haus vertagt sich auf Montag 12 Uhr. Stat. Schluss: 4 1/2 Uhr.

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreker.

17 (Nachdruck verboten.)

Dankelberg verlor seinen Augenblick seine Ruhe, lächelte nur flüchtig und jagte mit einer abnehmenden Handbewegung: „Weiß ich, weiß ich.“ Bei aller Hochachtung vor dem guten Willen ihres Herrn Bruders — er wäre aber nicht der erste, der um die Erde ging. „Das heißt, ich urteile nur vom Hörensagen, ich selbst bin zu wenig eingeweiht in solche Dinge,“ fügte er rasch hinzu und brückte wieder an der kalten Zigarre, um seinem Blick eine bestimmte Richtung zu geben.

Trolla mußte ihm recht geben. Man müsse ja schließlich mit allem rechnen, meinte er, sein Bruder sei aber mit Leib und Seele Soldat, trotz seiner kleinen privaten Sünden.

„Weiß ich, weiß ich,“ warf Dankelberg aufs neue ein. Diesmal blickte Trolla überrascht auf, Dankelberg jedoch, der seinen Blick verstand, beruhigte ihn sofort, indem er sagte: „Natürlich habe ich erst einige Erläuterungen eingegeben, was Sie mir nicht verübeln können. Man gibt doch nicht sechsstündigen Markt auf den blauen Danks hin.“

Trolla wollte zum Schluss kommen, und da er voraussetzte, daß die eingegebenen Erläuterungen Dankelberg befriedigt hätten, bildete er sich ein, sein Name sei auch etwas wert, und so sagte er mit gefundener Einsicht: „Sie vergessen ganz, daß ich die Bürgschaft für meinen Bruder übernehmen will.“

„Wahrhaftig, das hätte ich beinahe vergessen,“ sagte Dankelberg mit einem Lächeln, aus dem ein Menschenkenner beifühenden Spott herausgefunden hätte, daß aber Trolla wie eine Auerkennung auslegte. „Dann schreiben Sie also bitte Ihren Namen.“

Er erhob sich und räumte ihm seinen Platz ein. Und während er vom Hintergrund des Zimmers aus Trolla beobachtete, wie dieser sich eine Feder anzuschauelte und sie zerstreut prägte, sog er eine Brieftasche aus seiner Rocktasche, der er ein Bündchen Banknoten entnahm, die er sorgsam zählte. „Sie wissen doch, wo Sie zu schreiben haben?“ fragte er dabei: „Unten rechts und hinten.“ „Genau, genau,“ gab Trolla zurück, der wohl wußte, wie ein tüchtiger Wechsel aussehender mußte, im Augenblick aber etwas befangen war. Es geschah zum erstenmal in seinem Leben, daß er seinen Namen auf ein derartiges Papier setzen sollte, dessen volle Bedeutung er kannte. Während er langsam die Feder eintauchte, sie mehrmals ausprobierte, als wollte er Zeit zu einer ganz überflüssigen Ueberlegung finden, fiel ihm wieder die Warnung des seligen Vaters ein, niemals von falschen Scheinern Geld gegen Wechsel zu nehmen.

War Dankelberg ein solcher? Sollte nach diesen Federstrichen jene Fesselung über ihn kommen, von der auch der Mitterläter des Guten nicht befreit wird, sobald das Herz mit der

Vernunft durchgegangen ist? Als er zum drittenmal die Feder in das große Intenah tauchte, ohne geschrieben zu haben, schämte er sich seiner Schwäche, so daß er die aufsteigende Hitze in seinem Gesicht verlor. Wenn Arur ihn so wankelmütig sähe, wie verächtlich müßte er ihn betrachten. Nein! Um des Bruders willen alles! Selbst einem dunklen Verhängnis entgegen, hinter dessen Schleieren die unbestimmte Zukunft lauerte.

Mit frästigen Augen, die seiner Handchrift die Charakteristik gaben, schrieb er zweimal seinen Namen, benutzte den Löcher und sagte dann, sich erhebend: „So — bitte.“

„Danke,“ erwiderte der Alte, nahm seinen Platz wieder ein und legte die Banknoten mitten auf den Schreibtisch, ohne aber Anstalten zu machen, die Trolla zu übergeben, auch dann nicht, als er mehrere Minuten nutzlos hatte verstreichen lassen. Unruhig rückte er dann hin und her, nahm bald dieses, bald jenes Schriftstück vom Schreibtisch in die Hand, ganz in der Art eines Menschen, der noch mit etwas hinter dem Verge hält.

„Was wird er nun noch wollen?“ dachte Trolla, der immer nur die Banknoten im Auge hatte und nun nach der Uhr sah, weil er heute noch zu gern mit dem Gelde nach der Post gegangen wäre.

„Ja —“, brachte Dankelberg wieder gehend hervor, als wollte er sich selbst einen plötzlichen Einfall bestärken. „Und dann nach einer Pause: „Also das wäre gemacht. Nun also das andere.“

Trolla bekam einen heillosen Schred. „Ist etwas noch nicht in Ordnung?“ fragte er zaghaft, zugleich auf eine neue von Angst erfüllt, Dankelberg könnte im letzten Augenblick noch anderen Sinnes werden.

Der Alte antwortete nicht gleich. Dann aber sagte er fast barsch: „Wenn Ihr Herr Bruder nun aber wirklich um die Erde geht, was dann? Wer gibt mir mein schönes Geld wieder, an dem soviel Fleiß und Mühe liegt?“

„Ja, Herr Dankelberg,“ erwiderte Trolla, ohne einen Augenblick in Verlegenheit zu geraten. „Dann werde ich nur das eine Ziel in meinem Leben vor Augen haben: als Mann von Gewissen meine Bürgschaft einlösen. Und sollte ich aus meiner Haut die Hungerriemen schneiden, die mich jedem Genusse zur Erfüllung dieses heiligen Versprechens entzöhen.“

Dankelberg lächelte diesmal nicht. Er wußte, daß dieser Blick aus dem braunen Augen nicht lag, daß die Betonung dieser Worte aus einer männlichen, unerböhrten Seele kam. „Ihr Ehrenwort?“ fragte er mit kalter Miene.

„Mein Ehrenwort.“

„Auch schriftlich?“

„Auch schriftlich.“

„Dann bitte, Herr Referendar. Es freut mich, daß wir uns in unseren Wünschen begegnen. Es ist ja eigentlich nur eine sogenannte ideale Sicherheit, aber doch immerhin etwas.“

„D, bitte, nur eine bedingte ideale,“ wandte Trolla ein, der

sich erhoben hatte. „Ich hoffe auch zu einem Verufe zu kommen und in ihm etwas zu erreichen.“

„Meiner warmsten Empfehlungen können Sie dann sicher sein,“ sagte Dankelberg und ergrünte ihn mit einer Handbewegung, diesmal auf der anderen Seite des Doppeltisches, Platz zu nehmen.

„Was soll ich schreiben?“ fragte Trolla, der sich den rechten Handgelenk wieder abgestreift hatte und nun von dem einen Wunsch besetzt war, so schnell als möglich in den Besitz des Geldes zu kommen. Wenn dieser wohlhabende Prolet weiter nichts haben wollte, als die schriftliche Erklärung, so konnte ihm gebiet werden. Wer ehrlich dachte, durfte auch ehrlich schreiben.

„Wie es Ihnen beliebt,“ sagte Dankelberg, der ihm gegenüber ruhig sitzen geblieben war. „Ich will durchaus keinen Zwang ausüben, das sei fern von mir.“ Ausgleich nahm er die Banknoten und steckte sie los in seine Rocktasche.

„Haben Sie eine bestimmte Zeit im Auge, während welcher ich mich verpflichten soll?“ fragte Trolla wieder, der die Feder in der Hand, auf den vogen Papier blickte, den Dankelberg ihm herübergereicht hatte.

„Sagen wir drei Jahre,“ gab der Alte zurück, ohne viel zu überlegen.

Sofort legte Trolla die Feder beiseite. „Nein, nein, das geht nicht, das wäre ja Wahnsinn von mir!“ rief er erregt aus, da ihn diese ganze Behandlung bereits nervös gemacht hatte. „Bis dahin bin ich noch nichts und habe auch nichts. Damit sollte ich Ihnen mein Ehrenwort einlösen, wenn wirklich Ihre Voraussetzungen eintreffen?“

„Das frage ich mich auch, Herr Referendar,“ erwiderte Dankelberg, ohne aufzublicken. „Sie würden nur Ihr Ehrenwort verlieren, ich aber mein Geld.“

„Denn, ich muß doch bitten —!“ brauste Trolla auf, dem diese Annahme die Rote ins Antlitz trieb. „Sie werden mir wohl gestatten, Ihnen jetzt schon zu erklären, daß in diesem Falle der Verlust Ihres Geldes gleichbedeutend mit dem Verlust von etwas anderem wäre, das mich zu sehr persönlich angeht, als daß ich es Ihnen näher bezeichnen sollte.“

„Ihres Lebens, ich weiß es,“ kam es über Dankelbergs Lippen. Sein Mienspiel blieb das gleiche kalte. Er nahm den Wechsel, reichte ihm über den Tisch und sagte kurz und bündig: „Hier, bitte. Ich habe mich Ihnen nicht aufgedrängt. Wir brauchen uns beide darüber nicht aufzuregen.“ Damit erhob er sich, als hätte die Unterredung für ihn ihr Ende erreicht.

Trolla wechselte die Farbe. In diesem Augenblick empfand er zum ersten Male die fürchterliche Macht des Geldes, die grinsend das Ehrgefühl verlor und mit kaltem Hohne ihr freches Antlitz zeigte. Er wußte, wenn er jetzt nicht einlenkte, so war jede Hoffnung für ihn verloren.

„Bitte um Verzeihung, wenn ich gegen meinen Willen heftig gewetter sein sollte,“ sagte er daher schnell, „es liegt jedenfalls ein Mißverständnis meinerseits vor, daß Sie gütigst mit meinem

95
165
195
290
335
490
450
675
775
975

usen
775

etots

1450
1950
2500
3300
4200
5700

ts
-7500

1450
2250
2700
3900
5000

der
15000

475
690
975

1350
1875

3000

ung der Beiträge die
Es handele sich
wenn man die Wahl
terrente habe, dann
immung.) Er stelle
Kongress erklärte sich
ieler Verränder ein.
r Graf-Frankfurt
Er kritisierte
und genug sei. Viele
echtlosigkeit der Ar-
ich noch schärfer
erhöhung hinzutritt.
rs abhängig machen
sträte, die mit dem
nfahren. (Heiterkeit
erklärt, daß sie bei
nichts als Staffage
errente sei keine un-
versicherungsanstalten
it sparen, wenn man
legt. (Beifall.) Er
Beiträge nicht für
nwart zahlen. (Bei-
Sonderversicherung
ur unheilvolle Zer-
von einer allgemeinen
dann hieß es, bilde-
ogor mit den Invali-
ten feiner was. (Bei-
der Staat doch auch
lt folgende Anträge:
in die Invaliden-
bringend notwendig,
Verwaltung der Ver-
die Hinterbliebenen-
richten, ist eine Er-
worden. 3. Ausbe-
n Lohn oder Gehalt
Arbeitsverdienst 5000
der privaten Erlo-
st entsprechend der
ist jede Witwe nach
halten, sobald der
erwerbsfähige Witwe
einer Invaliden-
7. Eine Kinder-
betragen. 8. Den
Zeit seines Todes
halt haben, steht ein
ur Ausbringung der
chuß entsprechend zu
uerleistungsfähigkeit
bg. Giesberts-
n mit den Leitenden
Er stimme darin
n-Versicherung nicht
die Arbeiter daran
leichzeitig konstatiert
and sei, daß diesen
en und freuen, daß
t hat. Wir wollen
m Wege später ein-
ern, daß der Redner
die positive betont
enten, daß die Vor-
auf an, zu for-
schlich vorhandenen
lich der Kapital-
auch anderer We-
beamtensversicherung
verföppeln. Damit
n verlange, das und
30 Jahre im Lande
eichsangehöriger ge-
entische Arbeiter im
Beifall.) Dem Re-
alschreiben zu den
D. Gewerksverein):
Bräufordern habe,
gebeten würden das
n. Bei aller Opfer-
diese bereit sein
Herrn Graf seien zu
Aufgabe, Vor schlä-
im Reichstag eine
das zweifelslos be-
ung unter den Tisch
sien gegenwärtig
M. (Freie Gewerks-
für das Erreichbare
daß das heute Ge-
anden würde. Man
den Berücksichtigungs-
genommen werden,
schlechterungen der
länder bemerkte er
Preuß zu werden".
e Stimmen unvor-
vorliegenden An-
zu überweisen,
Reichsversicherungs-
in Fühlung bleiben
dem Vorstand der
folgenden Herren:
Frankfurt a. M.,
Hals, Reichstagsabg.
n, Reichstagsabg.
Köln, Rostke-Sam-
auf Simanowsky-
lung der
glands.
nach, 21. Mai.
ittagsführung.)
chversicherungsbord-
Einleitend schildert
anlässe, die beiden
n. Der Regierung
der Ortskrankenkassen-
entwurf machte der-
nächst vieler Arbeit-
zu dem Vorgehen
Interesse der Ver-
lung auf allen Ge-
Der bureaukratischen
denversicherung sein
Bebiet der Kranken-
Plan muß entgegen-
Dienstboten und
versicherung, die der
solat rechtlos macht.

Nicht nur eine organisatorische Verränder, sondern ein Ausbau der Reichsversicherungsgegebung ist notwendig und muß mit allen Mitteln erstrebt werden. Nach Berechnungen der Unter-nehmer wird die jetzt geplante Reform einen solchen Beamten-stand notwendig machen, daß dafür jährlich 117 Millionen Mark erforderlich sind. Die weiteren Ausführungen sind in folgender Resolution zusammengefaßt:
Die 18. Generalversammlung des Deutschen Vergarbeiterverbandes kann in dem Entwurf einer Reichsversicherungs-Ordnung die Erfüllung der auf Vereinheitlichung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebung der Arbeiterklasse nicht erblicken.
Die Vergarbeiterklasse erwartet von einer Reform der Arbeiterversicherung die Beseitigung der die Vergarbeiter schädigenden rechtlichen Sonderstellungen der Knappschaftsassen auf dem Gebiete der Kranken- und Invaliden-Versicherung. Sie verlangt die Unterstellung der Vergarbeiter unter das gleiche reichsgesetzliche Recht, wie es für alle Arbeiter gilt, insbesondere durch verwaltungsrechtliche Reformen unter Sicherstellung der Selbstverwaltung der Versicherten. Der Entwurf erfüllt diese Erwartungen nicht, wohl aber bringt er schwere Eingriffe in die Selbstverwaltung der Krankenkassen und den Ausschluß der Selbstverwaltung der Versicherten in den neugeplanten Land-krankenkassen. Die Vergarbeiterklasse protestiert gegen diese Entrechtungsversuche und weist dieselben mit größter Entschiedenheit zurück.
Auch für die Unfallversicherung bringt der Entwurf, von geringfügigen Erweiterungen abgesehen, nur Verschlechterungen, so hinsichtlich der Gestaltung des Rechtsweges durch Beseitigung der Berufung in das Reichsversicherungsamt, des Begriffs der Erwerbsunfähigkeit, der Einführung von Renten auf Zeit, der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, des Rußens der Renten und andere mehr.
Für die Invalidenversicherung läßt der Entwurf zeitgemäße Reformen und Erleichterungen des Rentenbezuges vermissen, vor allem die Angleichung der Rentenversicherung der Privatangehörigen. Die vom Entwurf vorgeschlagene Lösung der Frage der Witwen- und Hinterbliebenen-Versicherung hält der Verbandstag nicht den Anforderungen des vom Reichstage erlassenen Gesetzes entsprechend; er fordert eine Versicherung aller Arbeiterwitwen ohne Rücksicht auf das Maß der Erwerbsfähigkeit der letzteren.
Insbesondere protestiert der Verbandstag gegen die vom Entwurf geplante Belastung der Arbeiterversicherung mit einem kostspieligen Beamtenapparat, der eine stete Gefahr für die ohnehin geringen Selbstverwaltungsberechte der Versicherten bedeutet.
Der Verbandstag fordert die deutsche Vergarbeiterklasse auf, einmütig gegen diesen Entwurf Stellung zu nehmen. Nicht Ent-rectung der Versicherten, sondern Sicherung der Selbstverwal- tung, nicht Verschlechterungen der Leistungen, sondern Er- weiterung derselben soll das Leitmotiv einer gesunden Reform sein.
Redner schildert sodann die Wirkungen, die der Arbeits- sammergeheimen Entwurf bei der Arbeiterklasse ausgelöst hat und daß derselbe durchaus nicht den Forderungen des Kö- niger Gewerkschafts Kongresses entspricht. Die Gewerkschaften seien die berufenste Massenvertretung der Arbeiterklasse. Redner empfiehlt auch folgende Resolution zur Annahme:
Die 18. Generalversammlung des Deutschen Vergarbeiter- verbandes kann den Entwurf eines Arbeitsamtergesetzes, wie er von den verbündeten Regierungen dem Reichstage vorgelegt wurde, als eine Einlösung der Versprechungen auf Schaffung einer gesetzlichen Interessensvertretung für die Arbeiter nicht anerkennen. Die berufliche Gliederung zerstört die Arbeiter- schaft und die paritätische Zusammenarbeit der Arbeiter und Arbeitgeber in den Beiräten und Ausschüssen der Kammer die Willensmeinung der Arbeiter zum Ausdruck kommt.
Die Beiräte der Reichstagskommission auf Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive und passive Wahlrecht und auf Wählbarkeit der Angehörigen der beruflichen Organisationen erachtet die Generalversammlung als das Mindestmaß der Auf- gaben, die der Reichstag zu erfüllen hat, um der Arbeiterklasse eine wirksame Mitarbeit der Arbeiter in den Arbeitskammern zu ermöglichen. Ohne Übertragung der Wählbarkeit auf die Organisationsangehörigen sind die Arbeitskammern für die Ar- beiterklasse wertlos und nicht geeignet, ihre Zweckbestimmung, den gewerblichen und wirtschaftlichen Frieden zu fördern, zu erfüllen.
Die Generalversammlung steht nach wie vor auf dem Stand- punkt des Köhler Gewerkschafts-Kongresses und fordert den Reichstag auf, das Gesetz so zu gestalten, daß es den Bedürf- nissen und Wünschen der Arbeiterklasse auf eine wirksame, wirtschaftlich unabhängige Vertretung in den Arbeitskammern Rechnung trägt.
Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme beider Resolutionen. Auf Antrag wird beschloffen, die Reiterate des Genossen Um brecht, sowie des Kollegen Wagner über „Tarifverträge im Vergbau“ als Broschüre erscheinen zu lassen.
Ueber den Stand der Vergarbeiterorganisationen habe 1905 die Regierung zur „Reform“ der Vergarbeitergegebung ge- wungen. Jetzt erlebe man das traurige Schauspiel, daß der Zentrumsgewerksverein den anderen Organisationen im Kampfe um ein Reichsberggesetz und wirksamen Vergarbeiterchutz ver- rätet in den Rücken falle. Die Radikaltatschöpfung habe den Kampf um Vergarbeiterchutz wieder in Fluß gebracht. Der Entwurf der preussischen Regierung wolle aber nur einem Reichsberggesetz vorbeugen und sei den Vergarbeitern auf den Leib zugeschnitten. Das Nichtwollen der preussischen Regierung sei weiter nichts als „weiße Salbe“ zur Überlistung der öffent- lichen Meinung. Preußen sei der Stütz des Bergherrentums. In den anderen Bundesstaaten verschanze man sich hinter das Vorgehen Preußens. In Sachsen werde die „Freiheit“ der Vergarbeiter durch die empörende Lasten illustriert, daß auf einer Grube 14 Arbeiterauschmittglieder gemäßigelt wurden, weil sie sich auf den Willen der Grubenverwaltungen nicht einschießen ließen. Die sächsische Regierung sei gegen ein Reichsberggesetz und „reformiere“ die Vergarbeitergegebung auf dem Verordnungswege zumunten der Knappen. In Bayern bringe die Reform wohl einige Verbesserungen, ob aber die Reichstagskammer die Verbesserungen passieren ließe, sei noch fraglich. Die Vergarbeiterklasse Deutschlands sei sich einig in der Forderung nach der reichsgesetzlichen Regelung ihrer Forderungen. Ohne Einheit der Organisation sei aber ein Reichsberggesetz nicht zu erwarten.
In einer Resolution legt Redner die Leitätze seines instruk- tiven Vortrages vor:
Die Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des anfangs Februar d. J. in Berlin abgehaltenen deutschen Vergarbeiterkongresses völlig einverstanden.
Die einzig richtige Lösung des Vergarbeiterchutzes und der Vergarbeitergegebung erblickt die Generalversammlung in der Schaffung eines Reichsberggesetzes.
Die von den Einzelanträgen (Bayern, Sachsen) kürzlich er- läßten oder noch in der Beratung sich befindlichen Vergabe- gesetzen (Preußen, Lotbringen) müssen in bezug auf Ver- garbeiterchutz und Grubenkontrolle als völlig unzureichend be- zeichnet werden.
Die Generalversammlung fordert nach wie vor die gesetzliche Achtundachtzig für alle Reviere, feststehende Schicht vor zu heißen oder zu nassen Orten; sie fordert, Grubenkontrollen einzuführen, welche von den Belegschaften gewählt und vom Staate bezahlt werden und völlig unabhängig die Arbeiterschutz- bestimmungen überwachen sollen.
Desgleichen fordert sie für die Arbeiterauschüsse mehr Rechte und bessere Sicherung gegen Maßnahmen.
Auch eine reichsgesetzliche Reform des Knappschaftswesens ist unabwendbar.
Schließlich protestiert die Generalversammlung noch gegen die reaktionären Bestimmungen der noch nicht erledigten, im Schoße des preussischen Landtags ruhenden Vergabegegnelle. Sie erklärt es für eine Schmach, daß ein Parlament die Re-

gierungsvorlagen verschlechtert, statt verbessert. Diese Vorgänge beweisen, daß die Arbeiter nicht eher ruhen dürfen, bis das gleiche geheime Wahlrecht auch für den preussischen Landtag gilt.
In der Debatte bringen eine Reihe Delegierter schauer- hafte Mißstände zur Sprache, die helle Empörung hervorgerufen und die Schaffung von unabhängigen Grubenkontrollen dringend erheischen. Die Resolution wird angenommen.
H. G. berichtet über den Hamburger Gewerkschaftskongress und konstatiert, daß die Neutralität ihre natürliche Grenze finden müsse an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse, die in der Sozialdemokratie ihre berufenste Ver- treterin erblicken müsse. Die Generalversammlung erklärt sich mit der Haltung der Delegation einstimmig einverstanden.
Der Vorstand wird einstimmig wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung findet im Ruhrrevier statt. Nach einem begeisternden Schlußreferat wird die Generalver- sammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Die Delegierten fingen stehend das Vergamenslied.
Das Ende des Streiks der Postbeamten in Frankreich.
ac. Der zweite Streik der französischen Postbeamten ist — darüber kann man sich einer Täuschung nicht mehr hingeben — als verloren zu betrachten, gleichviel ob er offiziell aufgehoben wird oder nicht. Waren Regierung und Bürgertum beim ersten Streik gänzlich überausch worden, so hatte man diesmal im Stillen umfassende Vorbereitungen getroffen, dem drohen- den Ausstand zu begegnen. Aber dennoch, daran ist die Be- wegung nicht gescheitert, sie war von Anfang an gar nicht stark genug, die Regierung in Verlegenheit zu bringen. Namentlich fehlte diesmal die Beamtenschaft der Telegraphencentralen, die beim ersten Streik vor allem mit zum Gelingen desselben beigetragen hatten. Ueberhaupt waren sich die Beamten von vornherein nicht einig, ein groß Teil war gegen den Streik.
Die erste Bewegung war ziemlich spontan zum Ausdruck ge- kommen, Tausende von Beamten folgten einem impulsiven Drange, ein jahrelang gebudetes Unrecht abzuschütteln, einen Vorgelegen zu beilegen, dessen herrliches Auftreten unerträglich geworden war. Diesmal fehlte der Glanz, ohne den in Frankreich Massen nicht in Bewegung zu setzen, bzw. zu er- halten sind. Die bis ins einzelne gehende Vorbereitung einer Bewegung, die strenge Disziplin in der Einhaltung einmal ge- fahreter Beschlüsse, die der deutschen Arbeiterklasse die Siege bringt, das sind Dinge, die dem französischen Volksscharakter ziemlich fremd sind, es sind das Faktoren, mit denen zu rechnen die französische Arbeiterbewegung nicht gelernt hat, sondern die von den anarcho-individualistischen Führern direkt als schädlich richtigfindig, unrevolutionär bekämpft werden.
Auf die Provinz hatte man diesmal ganz besondere Hoff- nungen gesetzt, aber auch hier ist die Bewegung weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Wohl sind in Lille, Lyon, Mar- seille und Bordeaux eine Anzahl Postbeamten in den Streik getreten, um aber bald wieder in den Dienst zurückzukehren. Veragt hat aber besonders auch der von der Konföderation der Arbeit in Aussicht gestellte Generalstreik sämtlicher Be- rufe. Der Streik der Elektriker, die nach Pataud, dem Führer des Syndikats der Elektrikalarbeiter, Paris in Internis hüllen wollten, ist ebenso ausgeblieben, wie der er- wartete Sympathiestreik der Gasarbeiter. Vor allem aber wäre ein Ausstand der Eisenbahner wert gewesen für die Post- beamten. Die Eisenbahner haben selbst noch eine Rechnung mit der Regierung, bzw. mit dem Senat zu begleichen. Das sog. Vertauschungs Gesetz, das Pensionsgesetz für die Eisenbahner, ist schon vor Jahren in der Kammer angenommen worden, vom Senat aber wird es immer wieder verschleppt. Außerdem for- dern die Eisenbahner Lohnsteigerung und Verkürzung der Ar- beitszeit. Wird den Eisenbahnern nicht bald Genehmigung von seiten der Regierung gegeben, so werden diese sicher früher oder später zum Streik greifen, aber dann handelt es sich doch darum, für die eigene Sache zu kämpfen. Der Kongress der Eisenbahner, der bei Beginn der jetzigen Streikbewegung der Postbeamten zufällig in Paris tagte, beschloß zwar, eine Sym- pathiebewegung und erklärte sich auch für den Generalstreik, aber doch mit dem Zusatz, daß hierüber erst die Mitglieder durch Referendum zu befragen seien. Und hier hat sich eine Mehrheit eben nicht gefunden. Desgleichen haben auch die Bergleute an ihrem Kongress in Lens es nur zu einer Sym- pathie-Resolution für die Postbeamten gebracht. Der Auf- forderung der Konföderation sind nur die Banarbeiter in Paris und einige andere Gruppen der Nahrungsmittelbranche, jo- dann die Leiharbeiter gefolgt. Große Dimensionen hat aber auch da die Ausstandsbewegung nicht angenommen, auf jedem Fall war sie nicht umfangreich genug, um in der Öffentlichkeit irgend welchen größeren Eindruck zu machen.
Nebenbei sind aber auch die Führer der Syndikatsisten über den Generalstreik geteilter Meinung. So erklärte der jetzige Generalstreik Niel auf dem Vergarbeiterkongress, er sei der Leberzeugung, daß zurzeit das Proletariat „noch nicht reif genug“ sei, um einen solchen gefährlichen Versuch mit Erfolg durchzuführen. Jedes falsche Mandat müsse vermieden werden. Es sei auch nur eine verhältnismäßig geringe Gruppe vorhan- den, die zum Streik bereit sei. Der Enthusiasmus der Me- tings allein genüge nicht usw. — Ähnliches hat G. r. a. b., der Führer der Eisenbahner, geäußert. Beide wurden deswegen auch in der letzten Versammlung der streikenden Bauarbeiter auf das heftigste angegriffen.
Das voranschreitende Risiko der Bewegung ist natürlich kein Beweis gegen deren Berechtigung. Die Ausregung unter der Beamtenschaft war nur zu erklärlich. Die Versicherungen, welche die Regierung beim Abbruch des ersten Streiks abgab, mußte die Beamtenschaft von der Hoffnung berechnen, daß der viel- gebachte Simpan bald beilegt sein werde. Das wurde auch durch die Erklärung des radikal-sozialistischen Deputierten Louis Dreyfus, der damals zwischen den Postbeamten und Clemenceau als Vermittler diente, in der Kammerführung vom 13. Mai, wenn auch etwas ägernd, bestätigt. Und wie die Postbeamten, so forderte die große Mehrheit der Bevöl- kerung die Beseitigung des Simpan, dessen Gewaltthätigkeit die Beamtenschaft zum Ausstand getrieben hat. Simpan blieb und es folgte Provokation auf Provokation. Am 1. Mai hatten einige Beamte gefeiert (von der allgemeinen Arbeitsruhe hatten die Beamtenschaft selbst Abstand genommen), und hatten in den Ver- sammlungen ihre Meinung, die sich allerdings gegen die Re- gierung richtete, geäußert. Sie wurden gemäßigelt und vom Disziplinarhof zur Dienstentlassung verurteilt. Weitere Ent- lassungen folgten (bis jetzt sind circa 600 Beamte entlassen), und alles wurde vorbereitet, um den drohenden Streik mit Gewalt niederzuwerfen. Und man muß gestehen, die Regierung Viviani-Briand, Clemenceau hatte alle Maßnahmen getroffen, um Rebache für die erste Niederlage zu nehmen, um der kapitalistischen Welt vor Augen zu führen, daß sie doch deren allergetreueste Dienerin sei.
Der Kampf der Postbeamten war jetzt ein Kampf um das Recht der freien Meinungsäußerung und um das Koalitions- recht geworden. Es handelt sich um die Frage, ob ein Be- amter, wenn er das Bureau verlassen hat, alle Rechte eines anderen Staatsbürger besitzt, oder ob er auch dann noch der Aufsicht seiner Vorgesetzten und der Staatspolizei unterworfen bleibt. Ob er übermächtig und wegen seiner politischen Ueber- zeugung gemäßigelt werden könne. Die Genossen Semba, Billims und Jaurès haben in der Kammer mit großer Energie und guten Gründen die Rechte der Beamten verteidigt, vergebens, die bürgerliche Mehrheit entschied sich für die Ge- waltspolitik der Regierung.
Mittlerweile hat die Regierung die Ausarbeitung eines Be- amtengesetzes beschleunigt, das selbst schon in den nächsten Tagen der Kammer unterbreitet werden. Dieses „Be- amtenstatut“ läßt die Organisation der Staatsangestellten in Syndikate, Vereinigungen oder Genossenschaften zu. Diesen

Organisationen soll das Recht eingeräumt werden, Immobilien zu besitzen, Schenkungen anzunehmen usw. Den Beamtens- vereinen soll gestattet sein, sich zu beliebigen Verbänden zusam- men zu schließen, immer aber nur mit anderen Beamtensorgani- sationen.
Verbindungen von Beamtensyndikaten oder -verbänden mit Nichtbeamtensyndikaten oder -Verbänden sind da- gegen nicht gestattet. In jedem Ministerium wird ein Diszi- plinarausschuß aus Beamten gebildet werden. Einspruch gegen ein Urteil muß innerhalb eines Monats erhoben werden. Das Beamtensstatut steht auch Gerichtshöfe vor, vor denen die Be- amten zu erscheinen haben, bevor disziplinarische Strafen über sie verhängt werden können. Solche Gerichtshöfe, die aus 5 bis 7 Richtern bestehen, werden in jedem Departement vorhanden sein. Ueber diesen Gerichtshöfen steht ein Appellgericht mit dem Sitz in Paris. — Das Ziel dieses Beamtensstatuts liegt klar zutage, die der „Staatsordnung“ so gefährliche Solidarität zwischen Arbeitern und Beamten in Staatsbetrie- ben und in der Privatindustrie soll unterbunden werden.
Das Beamtensstatut soll in der Beamtenschaft die Fiktion hervorgerufen, als sei von Staatswegen besonders für sie georgt, daß sie besondere Vergünstigungen empfängt und darum auch auf bestimmte Rechte verzichten könne und müsse.
Der Kampf um die Staatsbürgerrechte der Beamten wird zunächst auf parlamentarischem Wege ausgetroffen werden.
Die sämtlichen Angestellten des Staates haben erfahren müssen, daß sie von der Regierung und der bürgerlichen Kam- mermehrheit nichts zu erwarten haben, daß nur die Sozialdemo- kratie und die organisierte Arbeiterklasse für sie eingetreten sind.
Industrie, Handel und Verkehr.
Ki Die Getreidepreise steigen weiter. Am Mittwoch sind an der Berliner Börse von neuem sprunghafte Steigerungen der Getreidepreise eingetreten. Es stellte sich der Preis am Dienstag für Maiweizen auf 261,50 Mark, am Mittwoch „ „ 262,75 „ „ „ „ 263,75 „ „ „ „ 264,75 „ „ „ „ 265,75 „ „ „ „ 266,75 „ „ „ „ 267,75 „ „ „ „ 268,75 „ „ „ „ 269,75 „ „ „ „ 270,75 „ „ „ „ 271,75 „ „ „ „ 272,75 „ „ „ „ 273,75 „ „ „ „ 274,75 „ „ „ „ 275,75 „ „ „ „ 276,75 „ „ „ „ 277,75 „ „ „ „ 278,75 „ „ „ „ 279,75 „ „ „ „ 280,75 „ „ „ „ 281,75 „ „ „ „ 282,75 „ „ „ „ 283,75 „ „ „ „ 284,75 „ „ „ „ 285,75 „ „ „ „ 286,75 „ „ „ „ 287,75 „ „ „ „ 288,75 „ „ „ „ 289,75 „ „ „ „ 290,75 „ „ „ „ 291,75 „ „ „ „ 292,75 „ „ „ „ 293,75 „ „ „ „ 294,75 „ „ „ „ 295,75 „ „ „ „ 296,75 „ „ „ „ 297,75 „ „ „ „ 298,75 „ „ „ „ 299,75 „ „ „ „ 300,75 „ „ „ „ 301,75 „ „ „ „ 302,75 „ „ „ „ 303,75 „ „ „ „ 304,75 „ „ „ „ 305,75 „ „ „ „ 306,75 „ „ „ „ 307,75 „ „ „ „ 308,75 „ „ „ „ 309,75 „ „ „ „ 310,75 „ „ „ „ 311,75 „ „ „ „ 312,75 „ „ „ „ 313,75 „ „ „ „ 314,75 „ „ „ „ 315,75 „ „ „ „ 316,75 „ „ „ „ 317,75 „ „ „ „ 318,75 „ „ „ „ 319,75 „ „ „ „ 320,75 „ „ „ „ 321,75 „ „ „ „ 322,75 „ „ „ „ 323,75 „ „ „ „ 324,75 „ „ „ „ 325,75 „ „ „ „ 326,75 „ „ „ „ 327,75 „ „ „ „ 328,75 „ „ „ „ 329,75 „ „ „ „ 330,75 „ „ „ „ 331,75 „ „ „ „ 332,75 „ „ „ „ 333,75 „ „ „ „ 334,75 „ „ „ „ 335,75 „ „ „ „ 336,75 „ „ „ „ 337,75 „ „ „ „ 338,75 „ „ „ „ 339,75 „ „ „ „ 340,75 „ „ „ „ 341,75 „ „ „ „ 342,75 „ „ „ „ 343,75 „ „ „ „ 344,75 „ „ „ „ 345,75 „ „ „ „ 346,75 „ „ „ „ 347,75 „ „ „ „ 348,75 „ „ „ „ 349,75 „ „ „ „ 350,75 „ „ „ „ 351,75 „ „ „ „ 352,75 „ „ „ „ 353,75 „ „ „ „ 354,75 „ „ „ „ 355,75 „ „ „ „ 356,75 „ „ „ „ 357,75 „ „ „ „ 358,75 „ „ „ „ 359,75 „ „ „ „ 360,75 „ „ „ „ 361,75 „ „ „ „ 362,75 „ „ „ „ 363,75 „ „ „ „ 364,75 „ „ „ „ 365,75 „ „ „ „ 366,75 „ „ „ „ 367,75 „ „ „ „ 368,75 „ „ „ „ 369,75 „ „ „ „ 370,75 „ „ „ „ 371,75 „ „ „ „ 372,75 „ „ „ „ 373,75 „ „ „ „ 374,75 „ „ „ „ 375,75 „ „ „ „ 376,75 „ „ „ „ 377,75 „ „ „ „ 378,75 „ „ „ „ 379,75 „ „ „ „ 380,75 „ „ „ „ 381,75 „ „ „ „ 382,75 „ „ „ „ 383,75 „ „ „ „ 384,75 „ „ „ „ 385,75 „ „ „ „ 386,75 „ „ „ „ 387,75 „ „ „ „ 388,75 „ „ „ „ 389,75 „ „ „ „ 390,75 „ „ „ „ 391,75 „ „ „ „ 392,75 „ „ „ „ 393,75 „ „ „ „ 394,75 „ „ „ „ 395,75 „ „ „ „ 396,75 „ „ „ „ 397,75 „ „ „ „ 398,75 „ „ „ „ 399,75 „ „ „ „ 400,75 „ „ „ „ 401,75 „ „ „ „ 402,75 „ „ „ „ 403,75 „ „ „ „ 404,75 „ „ „ „ 405,75 „ „ „ „ 406,75 „ „ „ „ 407,75 „ „ „ „ 408,75 „ „ „ „ 409,75 „ „ „ „ 410,75 „ „ „ „ 411,75 „ „ „ „ 412,75 „ „ „ „ 413,75 „ „ „ „ 414,75 „ „ „ „ 415,75 „ „ „ „ 416,75 „ „ „ „ 417,75 „ „ „ „ 418,75 „ „ „ „ 419,75 „ „ „ „ 420,75 „ „ „ „ 421,75 „ „ „ „ 422,75 „ „ „ „ 423,75 „ „ „ „ 424,75 „ „ „ „ 425,75 „ „ „ „ 426,75 „ „ „ „ 427,75 „ „ „ „ 428,75 „ „ „ „ 429,75 „ „ „ „ 430,75 „ „ „ „ 431,75 „ „ „ „ 432,75 „ „ „ „ 433,75 „ „ „ „ 434,75 „ „ „ „ 435,75 „ „ „ „ 436,75 „ „ „ „ 437,75 „ „ „ „ 438,75 „ „ „ „ 439,75 „ „ „ „ 440,75 „ „ „ „ 441,75 „ „ „ „ 442,75 „ „ „ „ 443,75 „ „ „ „ 444,75 „ „ „ „ 445,75 „ „ „ „ 446,75 „ „ „ „ 447,75 „ „ „ „ 448,75 „ „ „ „ 449,75 „ „ „ „ 450,75 „ „ „ „ 451,75 „ „ „ „ 452,75 „ „ „ „ 453,75 „ „ „ „ 454,75 „ „ „ „ 455,75 „ „ „ „ 456,75 „ „ „ „ 457,75 „ „ „ „ 458,75 „ „ „ „ 459,75 „ „ „ „ 460,75 „ „ „ „ 461,75 „ „ „ „ 462,75 „ „ „ „ 463,75 „ „ „ „ 464,75 „ „ „ „ 465,75 „ „ „ „ 466,75 „ „ „ „ 467,75 „ „ „ „ 468,75 „ „ „ „ 469,75 „ „ „ „ 470,75 „ „ „ „ 471,75 „ „ „ „ 472,75 „ „ „ „ 473,75 „ „ „ „ 474,75 „ „ „ „ 475,75 „ „ „ „ 476,75 „ „ „ „ 477,75 „ „ „ „ 478,75 „ „ „ „ 479,75 „ „ „ „ 480,75 „ „ „ „ 481,75 „ „ „ „ 482,75 „ „ „ „ 483,75 „ „ „ „ 484,75 „ „ „ „ 485,75 „ „ „ „ 486,75 „ „ „ „ 487,75 „ „ „ „ 488,75 „ „ „ „ 489,75 „ „ „ „ 490,75 „ „ „ „ 491,75 „ „ „ „ 492,75 „ „ „ „ 493,75 „ „ „ „ 494,75 „ „ „ „ 495,75 „ „ „ „ 496,75 „ „ „ „ 497,75 „ „ „ „ 498,75 „ „ „ „ 499,75 „ „ „ „ 500,75 „ „ „ „ 501,75 „ „ „ „ 502,75 „ „ „ „ 503,75 „ „ „ „ 504,75 „ „ „ „ 505,75 „ „ „ „ 506,75 „ „ „ „ 507,75 „ „ „ „ 508,75 „ „ „ „ 509,75 „ „ „ „ 510,75 „ „ „ „ 511,75 „ „ „ „ 512,75 „ „ „ „ 513,75 „ „ „ „ 514,75 „ „ „ „ 515,75 „ „ „ „ 516,75 „ „ „ „ 517,75 „ „ „ „ 518,75 „ „ „ „ 519,75 „ „ „ „ 520,75 „ „ „ „ 521,75 „ „ „ „ 522,75 „ „ „ „ 523,75 „ „ „ „ 524,75 „ „ „ „ 525,75 „ „ „ „ 526,75 „ „ „ „ 527,75 „ „ „ „ 528,75 „ „ „ „ 529,75 „ „ „ „ 530,75 „ „ „ „ 531,75 „ „ „ „ 532,75 „ „ „ „ 533,75 „ „ „ „ 534,75 „ „ „ „ 535,75 „ „ „ „ 536,75 „ „ „ „ 537,75 „ „ „ „ 538,75 „ „ „ „ 539,75 „ „ „ „ 540,75 „ „ „ „ 541,75 „ „ „ „ 542,75 „ „ „ „ 543,75 „ „ „ „ 544,75 „ „ „ „ 545,75 „ „ „ „ 546,75 „ „ „ „ 547,75 „ „ „ „ 548,75 „ „ „ „ 549,75 „ „ „ „ 550,75 „ „ „ „ 551,75 „ „ „ „ 552,75 „ „ „ „ 553,75 „ „ „ „ 554,75 „ „ „ „ 555,75 „ „ „ „ 556,75 „ „ „ „ 557,75 „ „ „ „ 558,75 „ „ „ „ 559,75 „ „ „ „ 560,75 „ „ „ „ 561,75 „ „ „ „ 562,75 „ „ „ „ 563,75 „ „ „ „ 564,75 „ „ „ „ 565,75 „ „ „ „ 566,75 „ „ „ „ 567,75 „ „ „ „ 568,75 „ „ „ „ 569,75 „ „ „ „ 570,75 „ „ „ „ 571,75 „ „ „ „ 572,75 „ „ „ „ 573,75 „ „ „ „ 574,75 „ „ „ „ 575,75 „ „ „ „ 576,75 „ „ „ „ 577,75 „ „ „ „ 578,75 „ „ „ „ 579,75 „ „ „ „ 580,75 „ „ „ „ 581,75 „ „ „ „ 582,75 „ „ „ „ 583,75 „ „ „ „ 584,75 „ „ „ „ 585,75 „ „ „ „ 586,75 „ „ „ „ 587,75 „ „ „ „ 588,75 „ „ „ „ 589,75 „ „ „ „ 590,75 „ „ „ „ 591,75 „ „ „ „ 592,75 „ „ „ „ 593,75 „ „ „ „ 594,75 „ „ „ „ 595,75 „ „ „ „ 596,75 „ „ „ „ 597,75 „ „ „ „ 598,75 „ „ „ „ 599,75 „ „ „ „ 600,75 „ „ „ „ 601,75 „ „ „ „ 602,75 „ „ „ „ 603,75 „ „ „ „ 604,75 „ „ „ „ 605,75 „ „ „ „ 606,75 „ „ „ „ 607,75 „ „ „ „ 608,75 „ „ „ „ 609,75 „ „ „ „ 610,75 „ „ „ „ 611,75 „ „ „ „ 612,75 „ „ „ „ 613,75 „ „ „ „ 614,75 „ „ „ „ 615,75 „ „ „ „ 616,75 „ „ „ „ 617,75 „ „ „ „ 618,75 „ „ „ „ 619,75 „ „ „ „ 620,75 „ „ „ „ 621,75 „ „ „ „ 622,75 „ „ „ „ 623,75 „ „ „ „ 624,75 „ „ „ „ 625,75 „ „ „ „ 626,75 „ „ „ „ 627,75 „ „ „ „ 628,75 „ „ „ „ 629,75 „ „ „ „ 630,75 „ „ „ „ 631,75 „ „ „ „ 632,75 „ „ „ „ 633,75 „ „ „ „ 634,75 „ „ „ „ 635,75 „ „ „ „ 636,75 „ „ „ „ 637,75 „ „ „ „ 638,75 „ „ „ „ 639,75 „ „ „ „ 640,75 „ „ „ „ 641,75 „ „ „ „ 642,75 „ „ „ „ 643,75 „ „ „ „ 644,75 „ „ „ „ 645,75 „ „ „ „ 646,75 „ „ „ „ 647,75 „ „ „ „ 648,75 „ „ „ „ 649,75 „ „ „ „ 650,75 „ „ „ „ 651,75 „ „ „ „ 652,75 „ „ „ „ 653,75 „ „ „ „ 654,75 „ „ „ „ 655,75 „ „ „ „ 656,75 „ „ „ „ 657,75 „ „ „ „ 658,75 „ „ „ „ 659,75 „ „ „ „ 660,75 „ „ „ „ 661,75 „ „ „ „ 662,75 „ „ „ „ 663,75 „ „ „ „ 664,75 „ „ „ „ 665,75 „ „ „ „ 666,75 „ „ „ „ 667,75 „ „ „ „ 668,75 „ „ „ „ 669,75 „ „ „ „ 670,75 „ „ „ „ 671,75 „ „ „ „ 672,75 „ „ „ „ 673,75 „ „ „ „ 674,75 „ „ „ „ 675,75 „ „ „ „ 676,75 „ „ „ „ 677,75 „ „ „ „ 678,75 „ „ „ „ 679,75 „ „ „ „ 680,75 „ „ „ „ 681,75 „ „ „ „ 682,75 „ „ „ „ 683,75 „ „ „ „ 684,75 „ „ „ „ 685,75 „ „ „ „ 686,75 „ „ „ „ 687,75 „ „ „ „ 688,75 „ „ „ „ 689,75 „ „ „ „ 690,75 „ „ „ „ 691,75 „ „ „ „ 692,75 „ „ „ „ 693,75 „ „ „ „ 694,75 „ „ „ „ 695,75 „ „ „ „ 696,75 „ „ „ „ 697,75 „ „ „ „ 698,75 „ „ „ „ 699,75 „ „ „ „ 700,75 „ „ „ „ 701,75 „ „ „ „ 702,75 „ „ „ „ 703,75 „ „ „ „ 704,75 „ „ „ „ 705,75 „ „ „ „ 706,75 „ „ „ „ 707,75 „ „ „ „ 708,75 „ „ „ „ 709,75 „ „ „ „ 710,75 „ „ „ „ 711,75 „ „ „ „ 712,75 „ „ „ „ 713,75 „ „ „ „ 714,75 „ „ „ „ 715,75 „ „ „ „ 716,75 „ „ „ „ 717,75 „ „ „ „ 718,75 „ „ „ „ 719,75 „ „ „ „ 720,75 „ „ „ „ 721,75 „ „ „ „ 722,75 „ „ „ „ 723,75 „ „ „ „ 724,75 „ „ „ „ 725,75 „ „ „ „ 726,75 „ „ „ „ 727,75 „ „ „ „ 728,75 „ „ „ „ 729,75 „ „ „ „ 730,75 „ „ „ „ 731,75 „ „ „ „ 732,75 „ „ „ „ 733,75 „ „ „ „ 734,75 „ „ „ „ 735,75 „ „ „ „ 736,75 „ „ „ „ 737,75 „ „ „ „ 738,75 „ „ „ „ 739,75 „ „ „ „ 740,75 „ „ „ „ 741,75 „ „ „ „ 742,75 „ „ „ „ 743,75 „ „ „ „ 744,75 „ „ „ „ 745,75 „ „ „ „ 746,75 „ „ „ „ 747,75 „ „ „ „ 748,75 „ „ „ „ 749,75 „ „ „ „ 750,75 „ „ „ „ 751,75 „ „ „ „ 752,75 „ „ „ „ 753,75 „ „ „ „ 754,75 „ „ „ „ 755,75 „ „ „ „ 756,75 „ „ „ „ 757,75 „ „ „ „ 758,75 „ „ „ „ 759,75 „ „ „ „ 760,75 „ „ „ „ 761,75 „ „ „ „ 762,75 „ „ „ „ 763,75 „ „ „ „ 764,75 „ „ „ „ 765,75 „ „ „ „ 766,75 „ „ „ „ 767,75 „ „ „ „ 768,75 „ „ „ „ 769,75 „ „ „ „ 770,75 „ „ „ „ 771,75 „ „ „ „ 772,75 „ „ „ „ 773,75 „ „ „ „ 774,75 „ „ „ „ 775,75 „ „ „ „ 776,75 „ „ „ „ 777,75 „ „ „ „ 778,75 „ „ „ „ 779,75 „ „ „ „ 780,75 „ „ „ „ 781,75 „ „ „ „ 782,75 „ „ „ „ 783,75 „ „ „ „ 784,75 „ „ „ „ 785,75 „ „ „ „ 786,75 „ „ „ „ 787,75 „ „ „ „ 788,75 „ „ „ „ 789,75 „ „ „ „ 790,75 „ „ „ „ 791,75 „ „ „ „ 792,75 „ „ „ „ 793,75 „ „ „ „ 794,75 „ „ „ „ 795,75 „ „ „ „ 796,75 „ „ „ „ 797,75 „ „ „ „ 798,75 „ „ „ „ 799,75 „ „ „ „ 800,75 „ „ „ „ 801,75 „ „ „ „ 802,75 „ „ „ „ 803,75 „ „ „ „ 804,75 „ „ „ „ 805,75 „ „ „ „ 806,75 „ „ „ „ 807,75 „ „ „ „ 808,75 „ „ „ „ 809,75 „ „ „ „ 810,75 „ „ „ „ 811,75 „ „ „ „ 812,75 „ „ „ „ 813,75 „ „ „ „ 814,75 „ „ „ „ 815,75 „ „ „ „ 816,75 „ „ „ „ 817,75 „ „ „ „ 818,75 „ „ „ „ 819,75 „ „ „ „ 820,75 „ „ „ „ 821,75 „ „ „ „ 822,75 „ „ „ „ 823,75 „ „ „ „ 824,75 „ „ „ „ 825,75 „ „ „ „ 826,75 „ „ „ „ 827,75 „ „ „ „ 828,75 „ „ „ „ 829,75 „ „ „ „ 830,75 „ „ „ „ 831,75 „ „ „ „ 832,75 „ „ „ „ 833,75 „ „ „ „ 834,75 „ „ „ „ 835,75 „ „ „ „ 836,75 „ „ „ „ 837,75 „ „ „ „ 838,75 „ „ „ „ 839,75 „ „ „ „ 840,75 „ „ „ „ 841,75 „ „ „ „ 842,75 „ „ „ „ 843,75 „ „ „ „ 844,75 „ „ „ „ 845,75 „ „ „ „ 846,75 „ „ „ „ 847,75 „ „ „ „ 848,75 „ „ „ „ 849,75 „ „ „ „ 850,75 „ „ „ „ 851,75 „ „ „ „ 852,75 „ „ „ „ 853,75 „ „ „ „ 854,75 „ „ „ „ 855,75 „ „ „ „ 856,75 „ „ „ „ 857,75 „ „ „ „ 858,75 „ „ „ „ 859,75 „ „ „ „ 860,75 „ „ „ „ 861,75 „ „ „ „ 862,75 „ „ „ „ 863,75 „ „ „ „ 864,75 „ „ „ „ 865,75 „ „ „ „ 866,75 „ „ „ „ 867,75 „ „ „ „ 868,75 „ „ „ „ 869,75 „ „ „ „ 870,75 „ „ „ „ 871,75 „ „ „ „ 872,75 „ „ „ „ 873,75 „ „ „ „ 874,75 „ „ „ „ 875,75 „ „ „ „ 876,75 „ „ „ „ 877,75 „ „ „ „ 878,75 „ „ „ „ 879,75 „ „ „ „ 880,75 „ „ „ „ 881,75 „ „ „ „ 882,75 „ „ „ „ 883,75 „ „ „ „ 884,75 „ „ „ „ 885,75 „ „ „ „ 886,75 „ „ „ „ 887,75 „ „ „ „ 888,75 „ „ „ „ 889,75 „ „ „ „ 890,75 „ „ „ „ 891,75 „ „ „ „ 892,75 „ „ „ „ 893,75 „ „ „ „ 894,75 „ „ „ „ 895,75 „ „ „ „ 896,75 „ „ „ „ 897,75 „ „ „ „ 898,75 „ „ „ „ 899,75 „ „ „ „ 900,75 „ „ „ „ 901,75 „ „ „ „ 902,75 „ „ „ „ 903,75 „ „ „ „ 904,75 „ „ „ „ 905,75 „ „ „ „ 906,75 „ „ „ „ 907,75 „ „ „ „ 908,75 „ „ „ „ 909,75 „ „ „



Wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts
und weil das Lokal in kürzester Zeit geräumt werden muss,
veranstalten wir von **morgen Dienstag** ab einen

Total-Ausverkauf

sämtlicher

Herren-, Knaben- u. Arbeiterkonfektion.

Wegen Herabsetzung der Preise bleibt das Geschäft **Dienstag bis 12 Uhr mittags geschlossen.**

Verkauf zu jedem annehmbaren Preise.

Der Total-Ausverkauf beginnt morgen Dienstag mittag 12 Uhr.

Verkauf nur Bahnhofstr. 19 (im Langendorf'schen Lokal)

Sommertheater.

(Brinkhoffs Tonhalle.)
Montag, den 24. Mai 1909,
zum 2. Male:

Die Kameliendame

Dramatisches Gemälde in 5 Aufzügen
von A. Dumas Sohn.
Zu dieser Vorstellung haben Duzend-
karten von der früheren Direktion
Wag Sandhage mit einem Aufschlag
von 30 Pfg. Gültigkeit.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Städt. Orchester.

Dienstag, den 25. Mai,
abends 8 1/2 Uhr: 2925

Gr. Garten-Konzert

im Hotel Kaiserhof.
Vorverkaufskarten haben hierzu Gültig-
keit. An der Kasse 50 Pfennig.



Sind Sie
ergrimmt?

über die schlechte Be-
schaffenheit Ihres Rades,
so fahren Sie fortan die
gediegene Marke

Dürkopp

Hauptvertreter:
C. Brakemeier

Rohrreichstr. 72. Teleph. 874.
2919

Verlobungs-Anzeigen
liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

Zentral-Verband d. Maurer Deutschlands

Zweigverein Bielefeld.

Mittwoch, den 26. Mai, abends 7 Uhr, im Lokale des
Herrn August Indiestel, Bürgerweg:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung im Lokal.

U. a.: Die Differenzen beim Unternehmer Zwele in Siefer.

NB. Die Kollegen vom Unternehmer Zwele müssen sämtlich erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Auf dem Markte.

Der Fusskünstler Willy,

ohne Arme geboren,

schreibt, zeichnet, sticht, schießt nach der
Scheibe, spielt Violine usw. mit den Füßen.

Grösste menschliche Sehenswürdigkeit.

Der Pope Gapon

und seine Rolle in der
russischen Revolution.

Erinnerungen und Eindrücke
von

Leo Deutsch.

Uebersetzt von S. Grumbach.

Preis 25 Pfg. Porto n. ausw. 3 Pfg.

In der Buchhandlung Volkswacht
ist zu haben:

Billigster
• Verkauf •
von Uhren, Ketten, Trau-
ringen, Schmucksachen

bei Adolf Keuer,
Niederwall 12

1884. 1909.

Unserem treuen Mitarbeiter, dem Tischler Heinrich

Fischer zu seinem heutigen

25 jährigen Arbeitsjubiläum

die herzliche Glückwünsche!

Bielefeld, den 23. Mai 1909.

Seine Mitarbeiter d. Firma Koch & Co. A.-G. Abt. Tischlerei.

Bilanz

vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1908.

An Kassen-Bestand	1406,37	Per Mitglieder-Anteil-Konto . . .	1247,95
" Sparkassen-Konto	400,00	" Kautions	400,00
" Bank-Konto	521,40	" Darlehn	1000,00
" Anteil bei der Großeinkaufs- Gesellschaft	250,00	" Reservefonds	261,06
" Waren-Konto	2646,52	" Kreditoren	691,55
" Inventar-Konto	56,22	" Reingewinn	1679,95
	5280,51		5280,51

Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Geschäftsjahres 86. Im Laufe des Geschäfts-
jahres traten ein 12. Bestand am Schlusse des Geschäftsjahres 98. Ausgeschieden sind keine
Mitglieder. Bestand am 1. Januar 1909 98 Mitglieder. Die Mitgliederzahl hat sich vermehrt
um 175,95 M. und betrugen am 1. Januar 1909 1247,95 M. Die Haftsummen
vermehrten sich im Laufe des Geschäftsjahres um 180,00 M. und betrugen am 1. Januar 1909
1470,00 M.

Vorliegende Bilanz haben wir geprüft und mit den Büchern und Belegen überein-
stimmend befunden.

Consum-Verein für Ubbedissen und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

G. Lüking. F. Lohmeyer. W. Wehmhöner.

Der Aufsichtsrat.

A. Sprick, Vorsitzender.

Kleine Anzeigen-Gef.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in
der selten Ueberschrift 10 Pfg.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kleiderschränke
von 25 M., Bettstellen 15 M.,
Tische 5 M. an. Nur Lager, kein
Laden, daher billiger als jede Kon-
sum-Zentrale. Brunnenstraße 12 a, 2. Min.
vom Stadttheater. [2925]

Kranterarzt,
der kleine Ratgeber zur richtigen An-
wendung von Heilkräutern für 25 Pfg.
zu haben. Reformhaus „Zur Ge-
sundheit“, Bahnhofstr. 2a, Telefon
1585. Sonntags geschlossen.

Nähgarne,
Seide, Maschinennadeln, feinstes helles
Maschinenöl Liter 1,20 M. Zentral-
haus Prabel, Bahnhofstr. 2. [1984]

Einfältige
Hausfrauen kaufen Lebensmittel am
besten und billigsten im Westf. Kauf-
haus Kreuzstraße 28. [1227]

Wäsche
wird sauber gewaschen und geplättet
Kellerstraße 26, 1. Treppe links. [2921]

Harzkäse,
5 Stück 10 Pfg., auch prima Lim-
burger Käse empfiehlt Wiebrock,
Deeper- und Kaiserstr.-Gde. [2931]

Brackwede.
Bringe mein Reparatur- und
Wagengeschäft in empfehlende Erinne-
rung. Gleichzeitig empfehle fertige
Schuhe in größter Auswahl.
F. Hertfelder, Schuhmachermeister,
Kaiserstraße 42. [2908]

Kinderwagen
und Kinderbettstelle billig zu ver-
kaufen. Oststraße 1. [2930]

Seringe 55
das Duzend. Wer da will was
gutes kaufen, der muß jetzt rechtzeitig
laufen. Wiebrock, Deeper- u. Kaiser-
strassen-Gde. [2958]

Kartoffeln,
hiesige Magnumbonum, Pfd. 4 Pfg.
zu verkaufen. Greve, Zöllnerstr.
51. [2920]

Note
Speisefarbfarben, per Pfund 4 Pfg.,
gutmacherweise billiger, empfiehlt Kron-
bein, Bleichstraße 66. [2956]

Herford.
200 Uhrketten für Damen und
Herren, Freischwinger, Regulatoren
und Wecker, sowie Taschenuhren für
Damen und Herren. Bis Pfingsten
30 % Rabatt. Aug. Heyer, Bader-
straße 31. [2907]

Ledersofa,
gut erhalten, billig zu haben Pingen-
straße 12. [2924]

Die Beleidigung
gegen Frau Labemacher nehme ich
als unwahr zurück. Frau Linke,
Siefer 267. [2933]

Kinematographen-Theater zur alten Post.

Sehenswertes, besonders ausgewähltes Programm!

**An der Küste
der Riviera.**

Wunderschöne mehrfarbige Natur-Auf-
nahmen aus der landschaftlich so bevor-
zugten Gegend.

Das Verjüngungswasser.

Servisch kolorierte Zauberkünste eines
Charlatans, der angejahrte Weiblein und
Männlein wieder verjüngt.

Ansichten von Mailand.

In recht belebten Bildern wird diese
prächtige und durch regen Verkehr aus-
gezeichnete Stadt Oberitaliens vorgeführt.

Der eifersüchtige Hund.

Eine Hundekomödie.
Karo erhält in einem Entel, der seine Herrin besucht,
einen Rivalen, an dem er seine Rache nimmt, aber
zum Schluss doch das Kind aus großer Not rettet.

Der vergessene Patient.

Im Vorzimmer eines Zahnarztes vergessen, gerät
ein mit großen Schmerzen Befallener ins Kassen.

Der Traum des Trunkers.

Halluzinationen eines Trunkenen, die ihm
im Traum das Unglück seiner Familie vor-
spiegeln und seine Besserung herbeiführen.

Conbild.

Arie aus dem „Barbier von Sevilla“, ge-
sungen von
Francesco d'Andrade.

Welch ein Bart!

Auf hochkomische Art wird ein um die
Zugend seiner Tochter allgütig besorgter
Vater durch deren Liebhaber dapiert.

Die vertauschten Überzieher.

Durch den Scherz eines Piccolos kommt
ein junger Mann in die unglaublichen
Situationen.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend
wie bei sämtlichen Agenturen
ins Haus gebracht 60 Pfg. n.
lich. Durch die Post b.
1,80 M. vierteljährlich ex-
Bestellgeld.
Eingelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonnt.
Feiertage täglich nachmitt.

Preisdruck-Anschluß

Nr. 119.

Die heutige

Die Siege

Am Dienstag ist be-
ferien gegangen, um
des Budgets zu geben.
norentkonvent des öst.
Montag beschlossen hat
durchzuführen, daß vor
Steuervorlagen beendet
wiesen werden. Da die
schlossen hat, verbunden
die ganze bürgerliche P.
offiziös, Wienerh. hab
dann es sei ihm gelung
die Regierung gericht
nischen Bank jetzt nicht
Budget jetzt reich erleb

Solcher Siege hat
ganze Menge errungen.
für bosnische Angelegen
lagen ein wirklicher Sie
Stimmen das von de
antragte Mißtrauensv
dieser Sieg, bei Nicht
lang hatte man die Ab
dieser 26 Stimmen, d.
gerade die Hälfte, die
diesen mit schwerer M
Süßblatte Obmann des
durfte. Dann aber da
mitglieder zur Abstim
polnischen Volkspartei
gegen die Regierung zu
vor der Auslieferung
Antihene, dem dafür
wurden, und ein Zim
Ausschüsse list, aber d
rats gewonnen wurde.
Tage vorher noch höchst
Ministerium Wienrat
Deutschfreihändler und
trauensvotum holen kö

Die Geschichte ist f
Stellung des Minister
hoch ausführlicher dar
Annerion Bosniens
Burian, dem die Ver
ungarischen Bank die
Bauern von ihren Gr
abgeleugnet und die B
über den Plan einer
wollig auf. Nimmer
Ungarn ein Privileg
Woh die Sozialdemo
Kroatien und Serben)
ablösung überhaupt nicht
durch den bosnischen V
durchgeführt werden mü
tät“ Oesterreich mit
der bosnischen Bauern.
richt wahr sei und au
Ausschüsse mußte die
den sie mit dem gemein
vorzulegen. Daraus g
Erteilung der Konzess
hatte. Allerdings hat
daß ein Teil des Alt
angenommen werden
Oesterreicher sein mü
lange Parität. Die
Einigkeit hatten sie
sollen zu können, and
sterium nicht fallen la
über den „Verrat an
die Erregungsschatten
schlossen sie sich, bei
und verteidigten Wien
Und Wienerh. beim i
Nede Burian festhält
stellt zu haben — inde
sektion erteile, so daß
widerstehen konnte.
gegeben hatte, war vo
eingebracht worden, d
dieser bosnischen Agr
zunahmen. Nach die
votum für Wienerh. ab
gleich auch den Antrag
zung zunehmen.

Da aber die Gefah
des Hauses mißglück
über Wehmh. Antr
läufe abzuleben und
Vorlage über die A
werde. Dieser Anfr
worte, daß der slove
Dringlichkeitsantrag i
konnte, war nun noch
tebigen: der Antrag
reichliche Parlament
anderen Reichshälfte
Ararner Landesgerich
geklagt — überprüfe
gemeinen angezeigt ist
Prozess zum Gegenste
zu machen; aber der
parteiliche Öffentlich
test, daß daraus im
Antrag angenommen
wegen den Antrag spr